



Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
16. Jahrgang | Nr. 4 / 2011

Durchreißer und „Aufreger“

Prof. Dr. Helmut G. Pratzel – ein „akademischer Praktiker“

Es ist keineswegs vermessen, Prof. Dr. Dr. med. habil. Helmut G. Pratzel aus Törpin im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte als einen äußerst respektablen Nachfahren des Universalgelehrten Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 – 1716) zu bezeichnen, denn sein Curriculum vitae, sein Lebens-

teressenvertreter der älteren Generation („Ich bin ein Aufreger.“). Für ihn gilt, was Sozialministerin Manuela Schwesig im vorigen Seniorenkurier betonte: Er gehört zu den „Freiwilligen, die in den Mittelpunkt gestellt werden müssen und denen, wo immer es geht, unser Dank und unsere



Prof. Dr. Helmut Pratzel im Gespräch mit Redakteur Dieter W. Angrick Foto: BeRo

lauf mit all seinen beruflichen wie gesellschaftlichen Aktivitäten, nimmt schier kein Ende. Dabei ist der profunde Mediziner, Balneologe und Klimaforscher ein so uneitler Mensch, dass man ihn gern als Nachbarn hätte. Und was noch hinzukommt: Prof. Dr. Pratzel ist ein voran strebender In-

Anerkennung ausgesprochen werden muss.“ Es bedurfte deshalb keiner langen Überlegung, den Vorsitzenden des Kreissenorenbeirats im ehemaligen Landkreis Demmin im September zum Sprecher der bisheri-

Fortsetzung auf Seite 3

Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

auf den ersten Seiten der heutigen Ausgabe setzen wir das Thema „Ehrenamt“ mit zwei vorbildlichen Praxisbeispielen aus unserem Bundesland und den Terminen für die EhrenamtMessen 2012 fort. Der für den bisherigen Landkreis Demmin als Seniorenbeiratsvorsitzender tätige Prof. Dr. Helmut Pratzel hat mit viel Eigeninitiative in einer ländlichen Region ein Begegnungszentrum für Jung und Alt mit vielfältigen Angeboten geschaffen, über das wir ausführlich berichten. Der Vorstand des Landesseniorenbeirats möchte sich bei Prof. Dr. Pratzel für dieses ehrenamtliche Engagement recht herzlich bedanken, weil damit die Gestaltung des demografischen Wandels in unserem Bundesland nachhaltig unterstützt wird.

Zu wünschen ist, dass solche Aktivitäten auch in weiteren Regionen Initiatoren und Unterstützer finden.

Damit sind die Aufgaben für 2012, für das europäische Jahr des aktiven Alterns, klar umrissen.

Mit freundlichen Grüßen, einem Dank für das Miteinander im nun endenden Jahr 2011 sowie dem Wunsch für ein erfolgreiches Neues Jahr

Ihre Brigitte Paetow,
Vorsitzende des
Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Aus dem Inhalt

Seite	6	Zwei Beispiele für gelebtes Ehrenamt
Seite	12	Großes Interesse für Seniorenmitwirkungsgesetz
Seite	16	Aus Städten und Landkreisen

Wat geiht af in Vitanas?



Dat geiht af in Vitanas:



Vitanas Senioren Centrum Im Casino
Pfaffenstraße 3 • 19055 Schwerin • Tel. (0385) 575 66 – 0
Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten
Adam-Scharrer-Weg 12 • 19053 Schwerin • Tel. (0385) 51 19 – 0
www.vitanas.de

Fortsetzung von Seite 1

gen vier Kreissenorenbeiräte im neuen Großkreis Mecklenburgische Seenplatte zu wählen.

Wir besuchten Prof. Pratzel an seiner Wirkungsstätte – seit August 1999 lebt er mit seiner Familie in Törpin – und verließen ihn erst nach fast fünf Stunden intensiven Gesprächs wieder – doch längst waren noch nicht alle Themen angeschnitten.

Studium zunächst in Greifswald

Helmut G. Pratzel wurde am 27. Januar 1935 in Berlin geboren und studierte von 1954 bis 1960 an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald Chemie. 1961 erwarb er dort das Diplom. Sein Hobby, studentisches Segeln, setzte ihn zunehmend politisch-ideologischen Repressalien aus, die ihn und seine junge Frau, auch sie stammt aus Vorpommern, letztlich zwangen, auf dramatisch riskantem Weg die DDR zu verlassen. Seitdem prägte – über 40 Jahre – München den Lebensweg: Studium an der Ludwig-Maximilians-Universität, Dr. rer. nat. der Biochemie an der Technischen Universität 1969, Studium der Medizin 1970 bis 1976, Professor Dr. med. habil. 1985. Die Lehrbereiche seit 1991 waren Medizin, Balneologie (Bädermedizin) und Klimaforschung. Von 1983 bis 2000 war Prof. Pratzel Akademischer Direktor in München. Dutzende Studenten vertrauten sich dem „Doktorvater“ an. Als Präsident der Internationalen Gesellschaft für medizinische Hydrologie und Klimatologie (seit 1991) gründete er ein Jahr später die deutsche Sektion und leitete mehrfach Weltkongresse sowie internationale Symposien in Deutschland, Italien, Tschechien, Griechenland, Israel und Ungarn. Ein Handbuch der medizinischen Bäder trägt seine Handschrift, an rund 200 wissenschaftlichen Publikationen ist er selbst maßgebend beteiligt. Auf Russisch erschien sein Werk „Sanatorien – Qualität und Ökonomie“, das sich in der Föderation bei



Aus der „Alten Schule“ entstand ein modernes Freizeitzentrum.

Fotos: BeRo

der Entwicklung des dortigen Managements im Gesundheitswesen als unverzichtbar erweist. Seit 1994 gibt es den von Prof. Pratzel gegründeten ISMH-Verlag für Physikalische Medizin, Balneologie und Klimatologie.

Forschung und praktisches Tun

Genug der Aufzählung. Auch mit 76 Jahren ist Helmut G. Pratzel ein „Durchreißer“, der beispielsweise noch mit Bravour steile Treppen hinauf springt. Dieser Mensch Leibnizschner Art vereint beides: wissenschaftliche Forschung und praktisches Tun. Er verfasst Handreichungen für die Kurortmedizin und zur Kneipp-Therapie ebenso wie er selbst Laminatböden verlegt, Wände verschalt, das Haus vom Schwamm befreit oder mit Senioren Lieder sammelt und singt. Für den Kreativzirkel ist sogar ein umfangreiches Liederbuch entstanden. Alles bündelt



Bandsägearbeiten für den Kreativkurs

sich im „Törpiner Forum e.V.“, dem Verein innovativer Kräfte, der längst über die Region hinaus bekannt geworden ist und über das der *Seniorenkurier* regelmäßig berichtet. In der denkmalgeschützten „Alten Schule“ des heute etwa 240 Einwohner zählenden Dorfes östlich des Augrabens an der Landstraße zwischen Altentreptow und Demmin befindet sich eine Gemeinschaftseinrichtung der Altenhilfe, zu deren Trägern auch der Kreissenorenbeirat Demmin gehört.

„Wer heute in Rente geht, hat noch mehr als ein Viertel seines Lebens vor sich“, sagt Prof. Pratzel. „Es geht deshalb also nicht nur darum, was die Gesellschaft für die Senioren tun könne, sondern auch umgekehrt: Was können die Senioren für die Gesellschaft tun?“ Der „akademische Praktiker“, der für sein bürgerschaftliches Engagement 2003 das Bundesverdienstkreuz am Bande erhielt, ist zuweilen recht enttäuscht, dass bei Problemlösungen „nicht alle gleichermaßen gemeinschaftsorientiert mitziehen“. Er vergleicht aus eigener Erfahrung die Situation mit der nach dem letzten Weltkrieg, wo bei vielen jungen Menschen der Aufbauwille nicht zu brechen war und sie eigene Interes-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

sen zurückstellten. Als ihm vor einigen Jahren das endlose Diskutieren um das Für und Wider eines zu gründenden Kreissenorenbeirats Demmin zu viel wurde, sprang er auf und rief: „Dann mache ich das eben!“

Gesamte Familie im „Törpiner Forum“

Mit voller Absicht ist er zu seinen (Lebens-)Wurzeln zurückgekehrt und nach Mecklenburg-Vorpommern umgesiedelt. In die Aktivitäten rund um das „Törpiner Forum“ hat er seine ganze Familie einbezogen: Frau Inge und die Söhne Thomas und Stefan. Der Ältere, Jahrgang 1962, stellt innerhalb eines der Kreativkreise mit Mitgliedern in der väterlichen Werkstatt edle Messer aus Stahl her und bringt Jungs das Schlagzeugspielen bei, der Andere, 45-jährig, restauriert alte Bücher und zeigt drei jungen Mädchen, wie man richtig mit der Gitarre umgeht. Gabriele Schwertfeger leitet den Computerkurs, Doris Binkow hilft beim Nähen und Stricken, bei Floristik und Dekoration. „Die Jüngste im Handarbeitskurs ist 22, die Älteste 58“, sagt die Mentorin. „Wir schauen, welche Fertigkeiten jede besitzt, und danach entscheidet sie sich, welchem Kreativkurs sie angehören möchte.“ Stoffe und Nähmaschine bringt Doris Binkow selbst von zu Hause mit. Ein Gärtner zeigt, wie man am besten Hecken schneidet. Mit interessierten Männern wurde ein Schuppen konstruiert und gebaut.

25 Mitglieder aus dem Umland zählt der Singekreis – die Älteste ist 90 Jahre alt. Im Saal der ehemaligen Gaststätte werden Standard- und Volkstänze getanzt, darunter den Pommerschen Kegel und manche Quadrille. Erntefeste werden vorbereitet, aktuell jetzt das vorweihnachtliche Beisammensein, Prof. Pratzel hält mehrfach Vorträge über Gesundheit und soziale Eingliederung, über Kriminalitätsprävention und zum Klimawandel („hier hat sich die Politik verrannt und ist Geschäftemachern auf den Leim gegangen“).



(v.l.) Prof. Helmut Pratzel, Doris Binkow (verdeckt) und Anne-Kathrin Voß (Bürgerarbeitsplatz) in Bibliothek und Internetraum des Freizeitentrums Foto: BeRo

Eng gestaltet sich die Verbindung zu den Schulen des Umlands und zur Evangelischen Kirchengemeinde. Auch die plattdeutsche Sprache findet großes Interesse. Ganz aktuell: Im Saal der „Alten Schule“ informiert eine Bilddokumentation über das Seniorenmitwirkungsgesetz, eine andere über Kirchen des Umlands.

„Unser Törpiner Forum, das am 23. September 2003 gegründet wurde, versteht sich als Begegnungsstätte zwischen den Generationen und ist durch seine Vortragsveranstaltungen und Zusammenkünfte weithin bekannt geworden“, sagt der Seniorenbeiratsvorsitzende. „Besonders bei den Senioren sind die Singekreise und Volkstanzgruppen als Initiatoren des gesellschaftlichen Zusammenlebens beliebt, erleben sie hier doch Freude, Entspannung und gesundheitlich altengerechte Sportgymnastik.“

In Aufbruchstimmung Neues schaffen

Es ist müßig, zum Schluss Prof. Pratzel noch nach einem besonderen Hobby zu fragen, denn sein ganzes Wirken für das gesellschaftliche Umfeld ist ein einziges Hobby. Er hat dennoch eines, und das führt ihn quasi in seine Jugend zurück: Er gehört dem Förder-

verein des Studentischen Segelns zu Greifswald e. V. an und leitet ihn. Außerdem ist er Mitglied des Freundeskreises Klassische Yachten in Kiel. Mit Hingabe widmet er sich dem Projekt „WIKING“, das Studenten vereint, „die mit viel Eifer in einer Aufbruchstimmung etwas Neues schaffen wollen“. Die 1923 gebaute WIKING III war nach dem letzten Weltkrieg das Flaggschiff des studentischen Segelsports in Greifswald, dessen Verein 1908 gegründet worden war. Später fand es keine Beachtung mehr. Nun wird unter Helmut Pratzels Regie die Segelyacht wieder für den aktiven Einsatz flott gemacht. Studenten mit und ohne Handwerksausbildung werkeln daran. Unterstützung kommt aus der „haus-eigenen Werft“ in Törpin. An Kosten müssen 9000 Euro aufgebracht werden und Spenden sind deshalb willkommen. Die jungen Yawl-Bauer erfahren bei ihrem Tun nebenbei noch etwas über Knoten und Spleißen und die Arbeit am Wishbone-Rigg. Wie sagte es doch Sozialministerin Manuela Schwesig anfangs? Dank und Anerkennung für das bürgerschaftliche Engagement. Bei Prof. Dr. Helmut G. Pratzel erübrigt sich jede weitere Begründung.

Dieter W. Angrick

Keine „aus dem Fenster geworfene Euros“

Kristine Kautz und Brigitte Biedermann – zwei Beispiele für gelebtes Ehrenamt

Von zwei Frauen, die als Motor eines gemeinnützigen Vereins täglich „wie zur Arbeit gehen“, die es als selbstverständlich erachten, ein vor über zehn Jahren initiiertes Projekt im ländlichen Raum „am Leben“ zu erhalten und handwerkliche Tradition, verknüpft mit Kunst und Sinn für kulturellen Anspruch, engagiert entwickeln und bewahren – von ihnen soll hier die Rede sein.

Es sind Kristine Kautz, geboren 1944, Malerin und Papierkünstlerin, die in ihrem „ersten Leben“ in der Medizin arbeitete und heute den Verein „Papier und Druck e.V.“ in Wrangelsburg im Landkreis Vorpommern-Greifswald als Vorsitzende leitet sowie Initiatorin der Projekte und internationaler Workshops ist; und Brigitte Biedermann, geboren 1949, Lehrerin aus Greifswald und stellvertretende Vorsitzende des Vereins, die vor sechs Jahren zur Manufaktur fand. Beide haben ihre Kinder großgezogen, ihren Familien Halt gegeben, mehrfach studiert und ihr Berufsleben voll ausgefüllt und jetzt eigentlich den Ruhestand verdient. Sie arbeiten heute in der Manufaktur mit Kindern, Jugendlichen, Menschen mit Behinderung und Erwachsenen und vermitteln Lebenserfahrungen und handwerklich künstlerische Bildung. Täglich von 10 bis 15 Uhr und bei den schon zur Tradition gewordenen Advents- und Ostermärkten oder bei Kursen oft bis in die Abendstunden. Ich bin erst mit großer Skepsis betrachtet worden, als ich die Beiden um ihr Einverständnis bat, über ihre Arbeit be-



Landpartie: Zu Gast in Wrangelsburg

richten zu dürfen. Aber ich war davon überzeugt, dass ihre Leistungen auch öffentlich bekannt werden sollten, damit „Denkanstöße“ entstehen – und: dass auch bekannt wird, dass die finanzielle Förderung der EU, des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Kommune sinnvoll angewendet wurden. Diese „Anschubinvestitionen“ haben



(v.l.) Brigitte Biedermann & Kristine Kautz

ihren Zweck voll erfüllt. Keine Investruine, kein Leerstand, keine „aus dem Fenster geworfenen Euros“ – nein, hier steht eine ansehnswerte Manufaktur, aufgebaut aus einem ehemaligen Schafstall, ein Kleinod im Herzen Wrangelsburgs in unmittelbarer Nähe zum Schlossareal, das auf eine jahrhundertlange Geschichte zurückblicken lässt.

Heute kann die Papiermanufaktur und einzige Holzdruckbuchstabenwerkstatt im Nordosten Deutschlands durch das ehrenamtliche Engagement der beiden Frauen eigenständig existieren. Hier, in Wrangelsburg zwischen Greifswald und Wolgast, zeigen die beiden Frauen, was bürgerschaftliches Engagement bewirkt. Wer so seine Mitmenschen „mitreißen“ kann, der bleibt selbst vital und wirkt positiv auf Andere.

„Bürgerschaftliches Engagement ist ein zentrales Element einer lebendigen, pluralen und demokratischen Gesellschaft“, betont Sozialministerin Manuela Schwesig. „Bürgerschaftliches Engagement ist ein Ausdruck von und Mittel zu gesellschaftlicher Integration und Teilhabe. Bürgerschaftliches Engagement beinhaltet, Verantwortung für eigene Belange zu übernehmen und die Bereitschaft, Verantwortung für Gesellschaft und Gemeinschaft mit zu tragen. Damit sind Motivationen und Kompetenzen gefordert, die auch durch politische Bildung vermittelt werden. Wenn Menschen die Möglichkeit haben, im Engagement Verantwortung zu übernehmen, kann gesellschaftliche Teilhabe gelingen.“

Georg



Hinweise an der Straße



Kristine Kautz arbeitet mit Schülern.



Papiermanufaktur

Ansporn für weiteres Miteinander

Rückblick auf unsere Herbsttagung und die Mitgliederversammlung 2011

Das Trend-Hotel in Banzkow war am 12. und 13. Oktober wiederum Tagungs-ort für Herbsttagung und Mitglieder-versammlung des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V., weil wir uns dort stets in einer sehr angenehmen Atmosphäre befinden. Das galt auch für dieses Mal, obwohl ein anspruchsvolles Tagungsprogramm zu absolvieren war.

Zu Beginn stellte die Firma „APEX“ aus Putbus Assistenzsysteme für vorwiegend ältere Bürger mit Handicaps vor, die ein längeres sicheres Wohnen in den gewohnten vier Wänden ermöglicht. Die Vertreter hatten auch einige Exemplare mitgebracht, so dass jeder deren Gebrauch selbst testen konnte. Es wurde verabredet, dass eine Zusammenarbeit mit dem Landesseniorenbeirat sinnvoll ist, denn Senioren können so am besten ihre Wünsche nach Assistenzsystemen äußern und sie auch selbst testen. Damit könne vermieden werden, dass am Markt vorbei entwickelt oder sogar produziert werde.

Der Nachmittag stand unter dem Thema „Sicherheit im Alter“. Nach einführenden Worten von Armin Schlender, dem Geschäftsführer des Landesrats für Kriminalitätsvorbeugung, kamen Vertreter des Landeskriminalamts und der Opferorganisation „Weisser Ring“ zu Wort. Praxisnah wurden durch Thomas Freitag und Angelika Hirsch Beispiele zu „Cybercrime“ (Computerkriminalität) und betrügerischen Tricks (z. B. zum so genannten Enkeltrick) erläutert. Gern werden



Armin Schlender stellt die neue Broschüre vor.



Aufmerksame Zuhörer

die Vertreter der Beiräte im Land von dem Angebot Gebrauch machen, solche Vorträge auch in ihren Regionen zu organisieren. Dabei sollen auch Projekte zwischen Jung und Alt zur Sicherheit im Umgang mit dem Internet aufgegriffen werden. Der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung will dies unterstützen.

Eine gute Ergänzung zu den vorausgegangenen Vorträgen waren die Ausführungen durch Herrn Andreas Kuessner vom „Weissen Ring“. Mit der authentischen Schilderung persönlich betreuter Fälle brachte er uns das Anliegen seiner Organisation nahe, wonach im Mittelpunkt das Opfer von Straftaten steht. Allerdings wies er auch auf die Grenzen der Möglichkeiten hin.

Die Vorsitzende des Landesseniorenbeirats empfahl den örtlichen Seniorenbeiräten, auch ihrerseits den Kontakt zur Hilfsorganisation zu pflegen, am besten durch Mitwirkung in den jeweiligen Beiräten.

Am Vormittag des folgenden Tages sprach Dr. Michael Köpcke vom Ministerium für Soziales und Gesundheit über den „neuen Geriatrieplan für M-V“ und erläuterte die wesentlichen Ergänzungen gegenüber 1998, als der Plan vorrangig auf die geriatrische Rehabilitation ausgerichtet war. Hinzugekommen sind nun die Akutgeriatrie im stationären Bereich sowie die ambulante Geriatrie. Die Teilnehmer begrüßten die Fertigstellung des Planes mit den neuen Schwerpunkten, kritisierten aber auch die bisher unkonkrete Umsetzung in

die Praxis mit den Handlungsempfehlungen. Dr. Köpcke sagte zu, dass in den zur Umsetzung vorgesehenen Beirat auch der LSB berufen werde.

In der anschließenden Mitgliederversammlung standen für das zurückliegende Jahr der Rechenschaftsbericht des Vorstands und die Finanzabrechnung und für das kommende Jahr die Schwerpunktaufgaben sowie der Haushaltsplan im Mittelpunkt.

Die Vorsitzende konnte in ihrem Rechenschaftsbericht eine überwiegend positive Bilanz ziehen und fand dafür auch die Zustimmung der Mitglieder. Der ausführliche Rechenschaftsbericht wird den Mitgliedern mit dem Protokoll zur Verfügung gestellt. Für die Aufgabenstellung 2012, wie sie durch den Vorstand vorgeschlagen wurde, gab es nur geringfügige Ergänzungsvorschläge.



Bernd Wagner

Bei einer Nachwahl wurde Bernd Wagner aus Crivitz neu in den Vorstand gewählt. Dazu herzlichen Glückwunsch. Leider verabschiedeten sich einige bisher langjährige Mitglieder von uns,

weil sie nicht wieder für ihre Beiräte kandidieren. Sie betonten jedoch, dass sie gern an den Veranstaltungen des Landesseniorenbeirats teilgenommen hätten. Ein solches Lob für unsere Arbeitsweise hat mich persönlich zwar überrascht, gleichzeitig aber auch gefreut. Ergänzt wurde die Einschätzung durch neu hinzugekommene Mitglieder, die unsere Veranstaltungen als informativ und kooperativ empfanden. Wenn wir erreicht haben sollten, dass ein Ehrenamt auch Freude macht, dann muss dies unbedingt als Ansporn für ein weiteres Miteinander gewertet werden. Und dazu können alle beitragen. *Brigitte Paetow*

Arbeitsplan des Landessenorenbeirats M-V e.V. für das Jahr 2012

Zur Erfüllung der Rechte und Pflichten des Landessenorenbeirats gemäß Seniorenmitwirkungsgesetz vom 28. Juli 2010 stellen wir uns für das Jahr 2012 folgende Aufgaben:

1. Zu den Fraktionen des Landtags wird zu gesellschaftlichen Themen, z.B. Umsetzung der Beschlüsse des Altenparlaments und Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzentwürfen in den Ausschüssen gemäß SenMitWGM-V intensiver Kontakt gepflegt.

2. Mit allen Ministerien der Landesregierung und der Staatskanzlei, insbesondere dem Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales, werden regelmäßig Konsultationen zur Gestaltung der Seniorenpolitik geführt.

3. Durchführung von Regionalkonferenzen und Weiterbildungsveranstaltungen zu seniorenpolitischen Themen auf Landesebene und Förderung des Erfahrungsaustausches der Mitglieder.

4. Unterstützung der Seniorenbeiräte bei der Neuorganisation der Arbeit in den Großkreisen.

5. Unterstützung bei der Bildung neuer Seniorenbeiräte in den Kommunen.

6. Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern des Landessenorenbeirates auf Landesebene. Grundlage dafür ist das SenMitwG M-V und das gemeinsame Positionspapier vom März 2004.

7. Durch den Vorstand und die Mitgliedsverbände des Landessenorenbeirats sind Hinweise und Aufgaben zur effektiven Umsetzung des Senio-

renmitwirkungsgesetzes sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene zu definieren.

8. Unterstützung und Mitwirkung bei der Umsetzung und Fortschreibung der Zielstellungen und Maßnahmen des Landesprogramms „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, insbesondere durch Mitarbeit in den dazu berufenen Arbeitsgruppen und weiteren Arbeitsgruppen der Ministerien.

9. Bildung von Arbeitsgruppen im Landessenorenbeirat

- Gesundheit/Pflege
- Wohnen/Seniorensicherheit
- Bildung/Kultur/Sport

10. Aktivitäten zur Verbesserung der Sicherheit von Senioren (innere Sicherheit, Verkehrssicherheit), u. a. auch durch Mitarbeit in der AG „Seniorensicherheit“ des Landesrats für Kriminalitätsvorbeugung in Mecklenburg-Vorpommern.

11. Weitere Mitarbeit in den Gremien

- Landespflegeausschuss
- Fahrgastbeirat der DB AG
- Verbraucherschutz
- Gesundheitswirtschaft
- Verkehrssicherheit
- BIVA-Projekt: Verbraucherfreundlichkeit von Pflegeheimen
- Unterstützung des Einzelhandelsverbands Nord e. V. bei der Zertifizierung „Generationenfreundliches Einkaufen“ von Verkaufseinrichtungen

12. Unsere Mitgliedschaft in der BAG LSV nutzen wir, um auf der Bundesebene wirkende seniorenpolitische Themen öffentlich zu machen und bemühen uns für deren Durchset-

zung um Mehrheiten. Durchführung von Erfahrungsaustauschen mit Landessenorenvertretungen.

13. Mitarbeit in der AG „Küstenländer“ der Landessenorenbeiräte, Organisation eines Erfahrungsaustausches in Mecklenburg-Vorpommern.

14. Unterstützung der Projektarbeit von Senior-Trainern in den Seniorenbeiräten der Kommunen, der Landkreise und der kreisfreien Städte.

15. Ausbau der Beziehungen zu

- weiteren Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen in M-V (Landesarmutskonferenz, Behindertenverband, Familienbotschaft usw.)
- bundesweiten Initiativen, Netzwerken, Verbänden und Vereinen (BAGSO, Nationale Armutskonferenz usw.)

16. Vorbereitung des 8. Altenparlaments durch Terminabsprache mit dem Landtagspräsidium sowie Mitwirkung im Organisationskomitee und in den Arbeitsgruppen zur Erarbeitung der Leitanträge.

17. Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung von EhrenamtMessen in Mecklenburg-Vorpommern.

18. Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit für die Seniorenpolitik durch

- Internetauftritt
- Kontakt zu den Medien
- Herausgabe des „Seniorenkuriers“
- Mitarbeit im Fachbeirat Messe 50+
- Herausgabe von Broschüren zu Schwerpunktthemen

Banzkow, 13.10.2011

Gleichgültigkeit ist die mildeste Form der Toleranz.

Karl Jaspers

In keiner Weise zufrieden gestellt

Organisationskomitee des VII. Altenparlaments zur Antwort der Bundeskanzlerin

Der Seniorenkurier 3/2011 veröffentlichte die Antwort der Bundeskanzlerin Angela Merkel auf den Brief der Teilnehmer des VII. Altenparlaments zur Angleichung des Rentenwertes Ost an West. Die Mitglieder des Organisationskomitees des VII. Altenparlaments haben auf ihrer abschließenden Sitzung zur Auswertung des Parlaments im September 2011 folgende Rückantwort beschlossen:

VII. Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern
c/o Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Perleberger Str. 22
19063 Schwerin

Bundeskanzlerin
der Bundesrepublik Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Schwerin, 06. September 2011

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

vielen Dank für die Beantwortung unseres Schreibens durch Herrn Ministerialrat Dr. Achim Bertuleit mit Datum vom 01. Juli 2011.

Allerdings hat das Schreiben uns in keiner Weise zufrieden gestellt, da auf unsere Anfrage hinsichtlich Ihrer Aussage auf dem 9. Deutschen Seniorentag in Leipzig kein Bezug genommen wurde.

Es ist uns nicht unbekannt, dass die Lösung dieser Aufgabe sehr komplex ist. Wir wissen aber auch, dass es eines politischen Willens bedarf, der berechtigten Forderung der jetzigen Rentnergeneration nach Angleichung der Rentenwerte nachzukommen. Diese politische Entscheidung erwarten wir nach nunmehr fast 21 Jahren deutscher Einheit. Da ist es fehl am Platz, an weitere Geduld unsererseits zu appellieren.

Von vielen Vereinen und Verbänden, von Gewerkschaften, hier ist besonders die Gewerkschaft ver.di zu erwähnen, sind seit Jahren akzeptable Vorschläge gemacht, z.B. Ost-Rentenbeziehern einen steuerfinanzierten Zuschlag zu gewähren, um die Differenz aufgrund des unterschiedlichen Einkommensniveaus in Ost und West auszugleichen.

Bei zunehmender Altersarmut, die sich aufgrund der unterbrochenen Arbeitsbiografien in den kommenden Jahren in den neuen Bundesländer noch besonders verstärken wird, erwarten wir nun endlich eine Lösung in absehbarer Zeit und damit die Einlösung Ihres auf dem 9. Deutschen Seniorentag 2009 in Leipzig gegebenen Versprechens.

Dadurch könnte das Vertrauen in die Politik wieder hergestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Erika Drecoll
Die Präsidentin
des VII. Altenparlaments M-V

Wichtig für Senioren: Tipps fürs Internet

Die auf der LSB-Herbsttagung vorgestellte Broschüre „Senioren im Internet – aber sicher!“ gibt auf acht Seiten 60 Hinweise und Empfehlungen, die von einer Expertengruppe aus verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und Einrichtungen zusammengestellt wurden. Beteiligt waren Vertreter von Polizei, Justiz und Sozialbehörden sowie Seniorenvertretungen und Sozialverbände. „Die Senioren von heute sind nicht nur fit und mobil, sondern auch zunehmend im Internet unter-



wegs. Die Tipps sollen ihnen helfen, sich nicht nur kompetent, sondern auch sicher im Netz zu bewegen“, kommentierte Innenminister Lorenz Caffier, der zugleich Vorsitzender des Landesrats für Kriminalitätsvermeidung ist.

Erhältlich ist die Broschüre kostenlos bei den kommunalen Präventionsräten, Seniorenvertretungen und Polizeidienststellen sowie beim Landesrat für Kriminalitätsvermeidung, Tel. (0385) 5882487, ebenso im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de. ■

Angestrebter Termin: 1. Januar 2012

Familienpflegezeit soll Vereinbarkeit von Pflege und Beruf vereinheitlichen

Der Bundestag hat den Weg frei gemacht für die Einführung der Familienpflegezeit. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung beschlossen und kann jetzt, nach Zustimmung durch den Bundesrat, wie von Bundesministerin Kristina Schröder geplant am 1. Januar 2012 in Kraft treten. Erstmals wird dann flächendeckend die Möglichkeit geschaffen, Pflege und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Von den zweieinhalb Millionen Menschen in Deutschland, die Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen, werden knapp 1,7 Millionen zu Hause versorgt – durch Angehörige und ambulante Dienste. Der Wunsch nach familiärer Unterstützung lässt sich aber nicht immer verwirklichen. Genau hier setzt das Modell der Familienpflegezeit an. Es sieht vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 15 Stunden reduzieren können, wenn sie einen Angehörigen pflegen.

Wird z. B. die Arbeitszeit in der Pflegephase von 100 auf 50 Prozent reduziert, erhalten die Beschäftigten weiterhin 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 Prozent des Gehalts – so lange,

bis das Zeitkonto wieder ausgeglichen ist. Um die Risiken einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gerade für kleinere und mittlere Unternehmen zu minimieren, muss jeder Beschäftigte, der die Familienpflegezeit in Anspruch nimmt, zu diesem Zeitpunkt eine Versicherung abschließen.

Im Blickpunkt steht außerdem die Altersarmut. Beitragszahlungen in der Familienpflegezeit und die Leistungen der Pflegeversicherung zur gesetzlichen Rente bewirken zusammen einen Erhalt der Rentenansprüche. Diese steigen mit der Höhe der Pflegestufe. Damit halten pflegende Angehörige, trotz Ausübung der Pflege, die Rentenansprüche etwa auf dem Niveau der Vollzeitbeschäftigung. Personen mit geringem Einkommen werden sogar besser gestellt.

Die Familienpflegezeit orientiert sich am Modell der Altersteilzeit, die bei Arbeitnehmern wie Arbeitgebern große Akzeptanz gefunden hat, weil weder Beschäftigte noch Unternehmen in gesetzliche Zwänge gedrängt werden. Seit Einführung der Altersteilzeit 1997 ist diese innerhalb von zehn Jahren von rund 100 000 Personen genutzt worden.

Schwesig: Völlig untauglich!

Aus Sicht von Sozialministerin Manu-

ela Schwesig bringt der Gesetzentwurf den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Mecklenburg-Vorpommern wenig. „Davon profitieren nur Arbeitgeber und Versicherungen“, sagte die Ministerin. „Statt endlich die notwendige Pflegereform anzupacken, doktert die Bundesregierung nun mit ihrem Vorstoß zur Familienpflegezeit am Symptom herum und löst die Probleme nicht.“

Für die Menschen in MV sei das Gesetz „völlig untauglich, denn es nutzt nur denjenigen, die einen sicheren Arbeitsplatz haben und es sich leisten könnten, vier Jahre lang auf ein Viertel ihres Einkommens zu verzichten.“ Profitieren würden die Arbeitgeber, die während der Pflegezeit die Differenz zwischen dem normalen Gehalt ihres Beschäftigten und dem während der Pflegezeit reduzierten Gehalt zinslos vom Bund erhalten. Diese Differenz muss der Arbeitnehmer nach der Pflegezeit, also wenn er wieder voll arbeitet, an den Arbeitgeber zurückzahlen. Dafür müsse er zur Absicherung des Arbeitgebers eine Familienpflegezeitversicherung abschließen. „Dies nutzt dann nicht dem Pflegenden, sondern der Versicherungsbranche“, kritisierte Ministerin Schwesig. ■

Geeignete Angebote fehlen noch

LSB: Mobilität mit dem ÖPNV ist für ältere Menschen ein wichtiges Thema

Ein Land, ein Fahrplan, ein Tarif – das möchte Verkehrsminister Volker Schlotmann für unser Bundesland verwirklichen. „Wer beispielsweise vom Datzeberg in Neubrandenburg zum Moltkeplatz in Parchim fährt, muss drei unterschiedliche Tickets lösen. Das ist erstens teuer und zweitens unübersichtlich. Unser Ziel ist deshalb ein einfaches, transparentes und landeseinheitliches Preissystem. Das würde die Entscheidung für das Bus- und Bahnfahren leichter machen.“

Aus diesem Grunde hat der Minister die Verkehrsgesellschaft (VMV) beauftragt zu prüfen, ob die Einführung eines landesweiten Nahverkehrstarifs möglich sei. Dazu veranstaltete die VMV drei Workshops mit unterschiedlichen Teilnehmern, u. a. auch vom Landesseniorenbeirat. Der erste fand Ende Juni mit Ver-

kehrsunternehmen statt. Dort wurden auch die bisher existierenden Einheitstarife in den Bundesländern Berlin/Brandenburg und Schleswig-Holstein vorgestellt. Den Vorträgen folgte in allen Workshops eine kontroverse Diskussion.

Ein vierter Workshop unter Einbeziehung aller bisher Beteiligten am 20. Oktober in Schwerin ergab folgendes Ergebnis:

- Die Erfahrungen aus Berlin/Brandenburg und aus Schleswig-Holstein sind auf Grund anderer Rahmenbedingungen (z. B. das Vorhandensein größerer Ballungszentren um Berlin und um Hamburg) nicht auf Mecklenburg-Vorpommern übertragbar
- Die ÖPNV-Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern sind im Wesentlichen von der Inanspruchnahme durch den Schülerverkehr geprägt.

• Nach bisherigen Erhebungen gibt es nur eine geringe Anzahl von Umsteigern vom schienengebundenen zum Bus-Personenverkehr und umgekehrt.

• Ein einheitlicher Tarif könnte deshalb sinnvoll sein und sollte in Schritten realisiert werden.

Ausdrücklich wurde der Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern zu einer abschließenden Stellungnahme aufgefordert, die ich inhaltlich folgendermaßen formuliert habe: „Mobilität ist gerade für die ältere Bevölkerung in unserem Bundesland ein wichtiges Thema. In erster Linie fehlen jedoch geeignete Angebote im ÖPNV. Ein einheitlicher Tarif ist nur ein nachgelagerter Mosaikstein zur besseren Nutzung des ÖPNV durch unsere Senioren.“

Brigitte Paetow

Für Selbstbestimmung und Würde

Zusammenarbeit des LSB mit dem Behindertenverband wird vertieft

Auf Einladung des Allgemeinen Behindertenverbands in Mecklenburg-Vorpommern e.V. nahm ich an einer Sitzung des Verbandsrats im Berufsförderungswerk GmbH in Stralsund teil, die unter dem Thema stand: „Für Selbstbestimmung und Würde“. Gemäß Tagesordnung war ich gebeten worden, zum Thema: „Älter werden mit Behinderungen in MV“ zu sprechen und aus diesem Blickwinkel unser Altenparlament und deren Beschlüsse zu erläutern. Es ist eine gute Tradition, dass an den Altenparlamenten Vertreter des Behindertenverbands und am „Tag der Menschen mit Behinderungen“ auch Vertreter des Landesseniorenbeirats teilnehmen. Zum Teil ähneln sich die Themen. Deshalb schloss sich der regen



Brigitte Paetow informiert über die Beschlüsse des VII. Altenparlaments.

Diskussion zu den eingebrachten Themen ein intensiver Gedankenaustausch an. Für die weitere Zusammenarbeit wurden als mögliche Punkte vorerst benannt:

- die Ausweitung des trägerübergreifenden persönlichen Budgets
- Weiterführung des Landespflegegelds
- Initiativen zum barrierefreien Bauen und eines barrierefreien ÖPNV bei der Überarbeitung der Landesbauordnung

Der Landesseniorenbeirat sieht in einer vertieften Zusammenarbeit zwischen den beiden Verbänden eine Reihe von Synergieeffekten bei der Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Auch alle Kreiseniorenbeiräte sollten die Zusammenarbeit mit diesen Verbänden pflegen. Ein gutes Beispiel dafür findet sich aus Stralsund auf den Seiten 26 und 27.

Brigitte Paetow

„Freiheit und Liebe gehören zusammen“

Jahresempfang der evangelischen Kirchen am Reformationstag in Greifswald

Beim Jahresempfang der evangelischen Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern am Reformationstag (31. Oktober), zu dem auch der Landes seniorenbeirat geladen war, betonte der pommersche Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit die Freiheit des Gewissens: „Freiheit und Liebe gehören zusammen.“

Der Bischof dankte den Gästen aus Politik, Wirtschaft und Kultur, dass man „in der von den Reformatoren gewiesenen Spur auch im letzten Jahr zusammengearbeitet“ habe, und sagte: „Wir haben diese Freiheit, damit wir anderen Gutes tun können. Lassen Sie uns auch in Zukunft gemeinsam für die Menschen unseres Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern diese Freiheit nutzen.“

Für die Landesregierung dankte Justizministerin Uta-Maria Kuder, in deren Ressort künftig auch die Kontakte zu den Kirchen angesiedelt sind, diesen „für ihre Offenheit zum politischen Gespräch, für ihre Verlässlichkeit im gemeinsamen Handeln und für ihre seelsorgerliche Arbeit auf vielen Gebieten: den Gefängnissen, den Krankenhäusern, der Notfallseelsorge und in den Gemeinden.“ Beim anschließenden Empfang im Pommerschen Landesmuseum kündigte die Ministerin an, dass das „Landesprogramm für Demokratie und Toleranz“ als Daueraufgabe in den fünf Regionalzentren weitergeführt werden sollte, ebenso die Beratungsstellen für



Justizministerin Kuder überbringt Grußworte.

Opfer rechter Gewalt. Sie dankte den Kirchen für die Trägerschaft von drei Regionalzentren und betonte, dass „das Problem des Extremismus, egal aus welcher Richtung, nicht allein ein Problem der Politik, sondern der gesamten Gesellschaft“ sei.

Der Greifswalder Theologieprofessor Dr. Michael Herbst verwies in einem Vortrag auf die Impulse aus Luthers Freiheitsverständnis für die Bildung sozialer Kompetenz und politischer Verantwortung. Luthers Bild vom freien Menschen bedeute „höchste Freiheit und tiefste Bindung“. Das Gemeinwesen sei vor allem an den

Früchten solcher Freiheit interessiert, doch könne das Gemeinwesen selbst diesen Baum nicht pflanzen oder pflegen. „Es kann nur Räume eröffnen, in denen der Baum gepflanzt und gepflegt werden kann“, sagte Professor Herbst und fügte hinzu: „Es kann jene äußere Freiheit garantieren, die jedem erlaubt, seine Wege und Worte zu wählen. Aber sie kann nicht jene innere Freiheit erzeugen, die den Menschen zum freien Herrn und dienstbaren Knecht erhebt. Das Gemeinwesen lebt von Früchten, die es selbst nicht hervorbringen kann.“

bp

Wie wär's mit Krafttraining?

Nur wenige Menschen jenseits der 60 machen Krafttraining. Dabei würde es sich lohnen, auch noch im Alter den Körper zu stärken. Dies haben Forscher der Hochschulambulanz an der Universität Potsdam festgestellt. Sie kommen zu dieser Empfehlung: Zwei- bis dreimal pro Woche

reichen aus, um Muskeln aufzubauen, längere Strecken gehen zu können und Stürze zu vermeiden. Außerdem verringert Krafttraining das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs sowie Diabetes und hilft besonders bei älteren Frauen gegen Knochenschwund. ■

Unsere Erfahrungen sind willkommen

Seniorenmitwirkungsgesetz findet großes Interesse auch in Sachsen

Im schönen Meißen führt die Landesseniorenvertretung für Sachsen jährlich über drei Tage die Weiterbildungsveranstaltung ihrer kommunalen Seniorenbeiräte durch. Eine Einladung an uns war erfolgt, weil auch in dem Bundesland großes Interesse an einer rechtlichen Regelung für die Seniorenvertretungen besteht. Dazu war ich gebeten worden, über die Entstehung, den Inhalt und die Auswirkungen unseres Seniorenmitwirkungsgesetzes zu berichten. Ich bin gern der Einladung gefolgt, wurde sehr herzlich aufgenommen und fand interessierte Zuhörer und Diskussionsteilnehmer. Das vorausgegangene Gespräch mit den dortigen Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD und DIE LINKE zeigte noch sehr viel Defizite in der Zusammenarbeit zwischen der Landesseniorenvertretung und dem für Seniorenpolitik zuständigen Ministerium. Allerdings soll jetzt die Diskussion über eine Mitwirkung der Senioren an den politischen Entscheidungsfindungen intensiviert werden. Unser Seniorenmitwirkungsgesetz wird dazu gern als Grundlage genommen. Ich habe unsere Bereitschaft erklärt, im weiteren Verlauf dieses Prozesses weiter zur Verfügung zu stehen.

Im weiteren Tagesordnungspunkt war ich auch Gast der Mitgliederversammlung zur Wahl eines neuen Vorstands.



Der Vorstand der Landesseniorenvertretung für Sachsen: (vorn links) Vorsitzende Christel Demmler, (vorn rechts) die stellvertretende Vorsitzende Sigrid Müller, Mitglied des Vorstands der BAGLSV

Die bisherige Vorsitzende, Frau Christel Demmler, wird auch weiterhin die Geschicke der Seniorenvertretung für Sachsen leiten. Herzlichen Glückwunsch! Beim abendlichen gemütlichen Zusammensein musste ich wieder einmal feststellen, dass Sachsen doch lustigere Menschen sind.

Am nächsten Tag wurde – im Rahmen des Bundesmodellprojekts „Sucht im Alter“ – „Watch“ vorgestellt: ein Gemeinschaftsprojekt des Diakonischen Werks im Kirchenbezirk Löbau-Zittau gGmbH, des come back e.V. Zittau sowie der Diakonischen Akademie für Fort- und Weiterbildung e.V. Moritzburg. Erarbeitet und erprobt wird da-

bei ein Schulungskonzept zur Qualifizierung und Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Alten- und Suchthilfeeinrichtungen im Landkreis Görlitz. Es sollen Handlungsoptionen aufgezeigt, unterstützende Kommunikationswege geschaffen und ein wirksamer Wissenstransfer zwischen den Projektpartnern etabliert werden. Im Vortrag wurde auf die verschiedenen Suchtarten eingegangen und auf die Gefährdungspotenziale dafür gerade bei älteren Bürgern. Ich bin der Meinung, dass wir dieses Thema auch bei uns einmal aufgreifen sollten.

Brigitte Paetow

Optimisten leben länger

Wer optimistisch in die Zukunft blickt, hat ein geringeres Risiko für kardiovaskuläre Todesursachen. Das haben niederländische Forscher um Erik J. Giltay vom Institut für psychische Gesundheit in Delft in einer Studie bestätigt. Giltay und seine Kollegen wählten 545 Männer im Alter zwischen 64 und 84 Jahren aus, die keine Vorerkrankungen hatten, die Herz und Blutgefäße betreffen, also kardiovaskulär sind; außerdem nicht an Krebs lit-

ten oder anfällig für Herzerkrankungen generell waren. Von 1985 bis 2000 wurden die Probanden alle fünf Jahre nach ihrer Einstellung zum Leben befragt.

Es stellte sich heraus, dass bei denjenigen, die am optimistischsten in die Zukunft blickten, die Rate an Todesfällen innerhalb der fünf Jahre nur halb so groß war wie bei denjenigen, die sich am wenigsten zuversichtlich zeigten. ■

Informationen der BAGSO:



Engagement nur aus eigener Verantwortung

Ältere Menschen dürfen zum Ehrenamt nicht verpflichtet werden

Unter dem Motto „Aktives Alter – Freiheit oder Verpflichtung?“ diskutierten kürzlich im Berliner Sony-Center die BAGSO-Vorsitzende und Alterswissenschaftlerin Prof. Dr. Ursula Lehr, der ehemalige SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering und der FDP-Abgeordnete Florian Bernscheider miteinander. Es war eine Veranstaltung der BAGSO im Rahmen des gegenwärtigen Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit. Weitgehend waren sich die Gesprächspartner darin einig, dass es keine staatliche Verpflichtung älterer Menschen zum Engagement geben dürfe. Ursula Lehr stellte klar: „Die Lebensqualität im Alter ist eng verbunden mit dem Gefühl, gebraucht zu werden – aber nicht verpflichtend. Freiwilliges Engagement und Verpflichtung, das passt nicht zu-

sammen, was jedoch nicht bedeutet, dass ältere Menschen ihr Ehrenamt nicht sehr ernst nehmen.“ Franz Müntefering betonte die Eigenverantwortung des Einzelnen: „Der Sozialstaat ist unentbehrlich, aber die soziale Gesellschaft vor Ort auch – die Bereitschaft, Verantwortung zu tragen für mich und für andere.“ Florian Bernscheider, der jüngste Abgeordnete des Deutschen Bundestages, ergänzte: „Wir brauchen passgenaue Engagementangebote, die den Interessen der Jüngeren und Älteren gerecht werden. Aber wir sollten dabei nicht die Chance aus den Augen verlieren, gerade mit dem bürgerschaftlichen Engagement und den Freiwilligendiensten Brücken zwischen den Generationen zu bauen. Der Bundesfreiwilligendienst bietet für dieses intergenerative

Engagement große Chancen.“ Das Engagement älterer Menschen in ihrer Nachbarschaft, ihrer Kirchengemeinde, ihrem Stadtviertel, in Vereinen und Verbänden ist groß, und nach den jüngsten Untersuchungen zum freiwilligen Engagement in Deutschland ist es in den letzten Jahren sogar noch gestiegen. Darüber hinaus sind viele Ältere durchaus bereit, sich freiwillig einzubringen, möchten aber selbst entscheiden, für was und in welchem Umfang sie dies tun. Darauf müssen sich auch die Verbände und Vereine einstellen und flexible Angebote schaffen. Der neu eingerichtete Bundesfreiwilligendienst ist nach Ansicht der Diskussionsveranstalter – zumindest zurzeit – ein zu starres Instrument, um für viele aktive Ältere attraktiv zu sein. ■

Wohnraum muss angepasst werden

„Das Problem der nicht alters- und behindertengerechten Wohnungen ist kein Problem der Zukunft und auch nicht nur der Senioren“, mahnt die BAGSO-Vorsitzende Ursula Lehr. Bereits heute bestehe bei rund 83 Prozent der elf Millionen Seniorenhaushal-

te erheblicher Anpassungsbedarf des Wohnraums. Und auch junge Familien freuen sich. Sie profitieren von breiten Türen, die sowohl einem Kinderwagen als auch einem Rollstuhl Platz bieten.

„Wenn mit der von der Politik derzeit vehement geforderten energetischen

Aufwertung der Immobilien gleichzeitig Barrieren im Haus abgebaut werden könnten“, so Hans Rauch, Präsident des mit 370 000 Mitgliedsfamilien bundesweit größten Verbands für selbst nutzende Wohneigentümer, „wäre dies einfacher und kostengünstiger.“ ■

Tipps zum Elternunterhalt

Wenn die Eltern oder ein Elternteil in eine Pflegeeinrichtung umziehen, stellt sich für die Kinder schnell die Frage des Elternunterhalts. Denn oft sind die Heimkosten so hoch, dass die Eltern diese allein nicht aufbringen können. Dann springt zwar erst einmal

das Sozialamt ein, doch wird es sich das Geld nach Möglichkeit wieder von den Kindern zurückholen. Eltern haben Anspruch auf Unterhalt, wenn ihr Einkommen und ihr Vermögen nicht ausreichen, um ihren notwendigen Lebensbedarf zu decken. Der Staat kann

Unterhaltsansprüche der Eltern oder Ansprüche auf Schenkungsrückforderung auf sich „überleiten“ und geltend machen, wenn er Sozialleistungen für den Elternteil erbringt. Ein Kind ist seinen Eltern nur zum Unterhalt verpflichtet, soweit es leistungsfähig ist. ■

Es gibt ein erfülltes Leben trotz vieler unerfüllter Wünsche.

Dietrich Bonhoeffer

Schwesig fordert Bundesregierung zum Handeln bei der Pflege auf

Arbeits- und Sozialministerin Manuela Schwesig hat im November mit Empörung auf die Beschlüsse der Bundesregierung zur Pflege reagiert. „Jeder Mensch hat das Recht, in Würde alt zu werden. Bundesgesundheitsminister Bahr hat jetzt die Tür zum Pflegenotstand geöffnet“, so die Ministerin.

„In einer immer älter werdenden Gesellschaft mit immer mehr Menschen, die an Demenz leiden, reichen die Pläne aus Berlin bei weitem nicht aus. Das ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.“ Mit den Beschlüssen vergesse die Bundesregierung

aber auch alle Pflegebedürftigen, die nicht an Demenz leiden. „Eine Million Menschen in Deutschland werden links liegen gelassen.“

Allein in Mecklenburg-Vorpommern gebe es über 60.000 pflegebedürftige Menschen. „Diese zumeist alten Menschen und deren Angehörige erwarten von der Bundesregierung konkretes Handeln und keine Lippenbekenntnisse“, sagte Schwesig.

Das, was auf Betreiben der FDP in Berlin beschlossen worden sei, helfe weder den Betroffenen und ihren Angehörigen noch den Pflegekräften

in den stationären Einrichtungen und ambulanten Diensten.

„Das Pflegepersonal ist ausgebrannt und mit den bürokratischen Anforderungen vollkommen überlastet. Aus Berlin wären dringend Signale notwendig gewesen. Pflegekräfte brauchen mehr Zeit, weniger Bürokratie und mehr Gehalt.

Seit 2009 liegen Ergebnisse zur Verbesserung der Pflege auf dem Tisch, die mit allen Beteiligten abgestimmt sind. Die FDP verfare aber wieder nach dem Motto Versprochen – Gebrochen“, so Schwesig. ■

Bundesregierung enttäuscht Pflegeleistende

„Die Bundesregierung beschränkt sich auf ein absolutes Minimum an Verbesserungen für die Pflege“, erklärte der Präsident des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität, Prof. Gunnar Winkler, anlässlich der Mitte November vom Bundeskabinett beschlossenen Eckpunkte für eine Pflegereform. „Nach einem groß angekündigten ‚Jahr der Pflege‘ bleibt unter dem Strich Enttäuschung. Die dringend notwendige Reform der Pflege ist nicht in Sicht. Dafür wird das Pflegeisiko weiter privatisiert.“

Winkler sagte weiter: „Von einer Weiterentwicklung der Pflegeversicherung kann kaum die Rede sein. Es gibt keine klare Aussage in den Eckpunkten, dass

ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff noch in dieser Legislaturperiode in einem Gesetz umgesetzt wird. Der Paradigmenwechsel weg von einer verrichtungsbezogenen Pflege hin zu einer Pflege, die alle Bedarfe erfasst und den Erhalt der Selbstständigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe der zu pflegenden Menschen in den Vordergrund rückt, wird damit meilenweit verpasst. Daran ändern die wenigen vorgesehenen Verbesserungen für Demenzkranke und für pflegende Angehörige faktisch nichts.“

Winkler kritisierte auch die vorgesehenen Änderungen in der Finanzierung der Pflege. „Die Anhebung des Beitragssatzes um 0,1 Prozent ab 2013 si-

chert kaum den Erhalt der Leistungen. Wie damit noch zusätzliche Leistungsverbesserungen bezahlt werden sollen, bleibt ein Geheimnis. Statt dessen werden die Belastungen immer mehr auf Pflegebedürftige und ihre Angehörigen abgewälzt.“

Der Verbandspräsident lehnte die Einführung einer staatlich geförderten privaten Pflegezusatzversicherung ab. „Anstatt die solidarische Pflegeversicherung weiter zu entwickeln, wird das Pflegerisiko privatisiert. Die Volkssolidarität setzt sich für eine Bürgerversicherung in der Pflege ein. Wir wollen die demografische Herausforderung solidarisch bewältigen. Deshalb halten wir einen ‚Pflege-Bahr‘ für den falschen Weg.“ ■

Dank an die Bundesagentur

Für den Einsatz bei der berufsbegleitenden Ausbildung von Pflegehilfskräften und examinierten Altenpflegern hat Sozialministerin Manuela Schwesig der Bundesagentur für Arbeit gedankt. An das erfolgreiche Umschulungsprogramm an den Altenpflegeschulen müssten sich, so die

Ministerin, weitere Angebote anschließen. „Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um den sich abzeichnenden Fachkräftemangel aufzufangen. Gemeinsam mit den Trägern der Altenpflege und der Bundesagentur müssen wir die Angebote und die Erstausbildung ausbauen.“

Das Projekt der „Kinderuni“ nannte die Ministerin ein neues und wichtiges Mosaiksteinchen in der positiven Entwicklung des Kinderlandes Mecklenburg-Vorpommern. Die Kinderuni öffnete Anfang Oktober erstmals ihre Türen für Schüler der 5. und 6. Klassen. ■

Potenziale und Perspektiven des Alters

Einladung zur Fachtagung im Januar ins Güstrower Bürgerhaus

Der demografische Wandel hat die Themen Alter und alternde Bevölkerung in letzter Zeit immer mehr in das öffentliche Interesse gerückt. Vielen Menschen ist es zunehmend wichtig, ihr Leben auch im Alter gesund, aktiv und im Kontakt zu Anderen zu verbringen. Eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben soll damit auch im hohen Lebensalter möglich sein. Doch welche Rahmenbedingungen sind nötig, um diesem Wunsch nachzukommen?

Nachdem bereits 2006 die Landeskonferenz „Älter werden – gesund, aktiv und selbstbestimmt“ stattgefunden hatte, soll im kommenden Jahr eine weitere Veranstaltung zum Thema „Altern“ folgen. In Kooperation mit



der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und unter der Schirmherrschaft des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales ist für den 25. Januar in Güstrow die Fachtagung unter dem Motto „Wer rastet, der rostet!“ geplant. Dazu lädt die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern alle Interessierten herzlich ein. Im Fokus stehen die Betrachtung der verschiedenen Potenziale und Perspektiven des Alters und der Umgang mit dem demografischen Wandel. Die Veranstaltung findet von 9 bis etwa 16 Uhr im Bürgerhaus statt. Infos: www.lvg-mv.de oder Tel. (0385) 7 58 98 94.

Franziska Schmidt
Projektassistentin LVG

Beitrag in Eigeninitiative und Verantwortung

Sozialministerin Manuela Schwesig empfiehlt den Besuch der EhrenamtMessen

Zu den bevorstehenden 5. EhrenamtMessen äußerte sich die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales, Manuela Schwesig. „Wer sich freiwillig engagiert, leistet in eigener Initiative und Verantwortung seinen ganz persönlichen Beitrag zur Gestaltung einer Gesellschaft, die auf Vertrauen und Zusammenhalt baut“, betonte sie. „Ob in einer Wohlfahrtsorganisation, in der Kirchengemeinde, in der Kinder-, Jugend- oder

Altenhilfe, im Sportverein oder in der Kommunalpolitik: Jeder dritte Bürger in unserem Land engagiert sich ehrenamtlich. Dabei spielen Alter, Geschlecht und Herkunft keine Rolle. Jede und jeder kann sich entsprechend ihrer bzw. seiner individuellen Interessen und Fähigkeiten einbringen. „Sich engagieren – etwas bewegen“ bedeute – entsprechend

dem Motto der Messen – dabei zu sein, Hilfe und Unterstützung zu geben, wo sie gebraucht werden, oder Ideen einzubringen, „um unser Land und Zuhause mitzugestalten“. Jeder sei eingeladen, sich auf den Messen zu informieren und sich zu überlegen, ob er einen Beitrag dazu leisten könne, „unser Land im Kleinen und zusammen mit allen Ehrenamtlichen im Großen voranzubringen“.

EhrenamtMessen Mecklenburg-Vorpommern 2012

	Wann	Wo	Projektleitung / Telefon; E-Mail	Region
1.	25. Februar 2012 – 10:00-16:00 Uhr Messe mit Foren für die Öffentlichkeit und Vereine und Verbände	Neubrandenburg Hochschule Nbg. Brodaer Straße 2 17033 Neubrandenburg	Frau Kleist Herr Möller ☎ 0395 560 39 18 03981 28 71-26 ehrenamtmesse@drk-msp.de	Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
2.	03. März 2012	Stralsund Rathausaal (voraussichtlich)	Herr Schlanert ☎ 03838 80 23-17 j.schlanert@ruegen.drk.de	Landkreis Vorpommern-Rügen
3.	10. März 2012 – 11:00-16:00 Uhr	Bad Doberan Friderico-Francisceum-Gymnasium	☎ 038201 75 01-0 verband@kv-bad-doberan.drk.de	Rostock Landkreis Rostock
4.	10. März 2012	Greifswald Mensa am Wall	Frau Klotz ☎ 03834 82 28 39 klotz@drk-ovp.de	Landkreis Vorpommern-Greifswald
5.	11. März 2012	Güstrow Bürgerhaus	Herr Becker ☎ 03843 46 68 668 h.becker@drk-guestrow.de	Güstrow
6.	17. März 2012	Schwerin Schlossparkcenter	Frau Hoffmann ☎ 0385 55 57 30-16 ehrenamt@drk-sn.de	Schwerin Landkreis Ludwigslust-Parchim Landkreis Nordwestmecklenburg

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

Seniorenbeirat hofft auf ein gutes Ergebnis

Die Ablehnung des Mischgebietes am Wallensteingraben durch die Bürgerschaft hat auch den Seniorenbeirat der Hansestadt Wismar mehr als überrascht. „Das hätten wir nicht gedacht“, sagte Beiratsvorsitzende Karin Lechner der *Ostsee-Zeitung*. Gerade in solchen Bereichen, in denen sich Seniorenwohnanlagen befinden, seien Einkaufsmöglichkeiten wichtig, weil sie zugleich Treffpunkt für die älteren Damen und Herren sind, die gern genutzt würden, um der Einsamkeit zu

entfliehen. „Wir hoffen“, so Karin Lechner, „dass die Gespräche zwischen dem Investor und der Stadt doch noch zu einem Ergebnis kommen; wir sind jedenfalls zuversichtlich.“ Es müsse ja kein großes Einkaufszentrum sein, ein Tante-Emma-Laden täte es auch. Dazu könnten noch andere kleine Einrichtungen kommen, etwa ein Friseur.

Der Seniorenbeirat suche stets nach neuen Wohnformen für ältere Einwohner, zum Beispiel nach solchen, in de-

nen Ehepaare in einer gemeinsamen Wohnung leben könnten, obwohl ein Partner schon pflegebedürftig sei. Zum Einsatz könnte ein ambulanter Pflegedienst kommen, denn „nichts ist schlimmer, als wenn ein Partner in ein Pflegeheim muss und der andere allein zu Hause bleibt“. Außerdem wäre so die Altersarmut vorprogrammiert, weil dem Alleinlebenden in der Regel nur noch eine, meistens recht geringe Rente zur Verfügung stünde. „Das bedenken wir zu wenig.“ ■

Nützliche Angebote im neuen Wegweiser

In dritter, aktualisierter Auflage ist der Wegweiser „Älter werden in der Hansestadt Wismar“ erschienen, initiiert und zusammengestellt vom Seniorenbeirat. Bürgermeister Thomas Beyer hob hervor, das 25 Seiten um-

fassende Heft – es ist kostenlos im Bürgerbüro im Rathaus erhältlich – zeige die vielfältigen Möglichkeiten für die Seniorinnen und Senioren und nenne nützliche Angebote.

Neben zahlreichen wichtigen Adres-

sen und Telefonnummern von Ämtern, Behörden und Verbänden sind in der Broschüre Informationen zu Leistungen der Pflegeversicherung sowie zur Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht enthalten. ■

Wunsch nach einem Kino für Senioren

Kontakt zur Chefin des Filmbüros in Wismar hat die Vorsitzende des Seniorenbeirats der Hansestadt, Karin Lechner, aufgenommen. Ihr schwebt ein Seniorenkino vor, bei dem die Zuschauer ihre Wunschfilme anmelden und auch sehen können. Im Mai nächsten Jahres könnte es starten, und zwar in Verbindung mit einem anregenden Treffen

bei Kaffee und Kuchen. Die Frage, wie und wo man sich wöchentlich einmal zu „Klatsch und Tratsch und Tanzmusik“ – so Karin Lechner – treffen könnte, spielte auch eine Rolle bei einer Informationsveranstaltung der Wismarer Gleichstellungsbeauftragten Petra Steffan zum Thema „Sex im Alter“. Knapp 60 Interessierte waren ins

Zeughaus gekommen. Gezeigt wurde der Film „Die Männer meiner Oma“, in dem eine 78-Jährige vor laufender Kamera ihrer Enkelin Intimes aus dem Leben mit ihren drei Ehemännern berichtete. „In meinem Alter ist die Sehnsucht nach Nähe und Zärtlichkeit größer als Sex“, meinte eine 82-jährige Besucherin. ■

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Zum Jubiläum soll eine Chronik entstehen

Mitte Oktober kam die Seniorengruppe Parchim und Umgebung der Gewerkschaft zu ihrem regelmäßigen Treffen zusammen. Wir erinnerten uns, blickten zurück und zogen Bilanz: Was haben wir bis jetzt unter-

nommen und erreicht und wie wollen wir weiterhin aktiv sein? Seit 1992, also seit fast 20 Jahren, wird die Seniorenarbeit der Gewerkschaft von mir in Parchim organisiert.

Zum Jubiläum planen wir ein Treffen.

Außerdem soll eine Chronik entstehen. Den Seniorenkurier wollen wir künftig für unsere Treffen nutzen.

Günter Lambrecht
Vertrauensmann

LANDKREIS ROSTOCK

Schönes Fest für die über 90-Jährigen

„Mir hat das Programm im vorigen Jahr sehr gut gefallen, deshalb komme ich gern wieder“, sagte Anneliese Markgraf beim Fest der über 90-Jährigen, das kürzlich zum 14. Mal vom Seniorenbeirat der Stadt Güstrow im AWO-Pflegeheim organisiert wurde. Von den derzeit 238 Frauen und Männern, die über 90 Jahre alt sind, folgten 78 der Einladung. Immerhin hatten sieben Güstrower Frauen die 100 bereits überschritten. Bei Kaffee und Kuchen wurde ein kleines Programm von Manfred Gabriel und seinem Chor geboten, anschließend konnten die Gäste miteinander ins Gespräch kommen.

Anneliese Markgraf wohnt seit 1982 in Güstrow. Sie zog nach dem Tod ihres Mannes zu ihrem Sohn. „Die ganze Familie ist hier“, erzählte die Seniorin, die



Freude bei Margarete Wilhelms, Charlotte Billib und Anneliese Markgraf (v.l.)

kurz vor ihrem 91. Geburtstag steht. Über drei Enkel und acht Urenkel freut sie sich. Sie wohnt allein und freut sich stets über Gesellschaft. Beim Fest lernte sie auch Charlotte Billib und Margarete Wilhelms (beide 91) kennen. Sie

saßen am gleichen Tisch und kamen miteinander ins Gespräch.

Genau das ist ein Ziel des Seniorenbeirats, das er mit den Sommerfesten für die ältesten Bürger der Stadt anstrebt.

Sieglinde Seidel

Festtage brachten viel Freude und Abwechslung

Es ist schon Tradition in Bad Doberan, dass im September die Seniorenfesttage feierlich begangen werden. Ein buntes Programm bietet den Senioren viele Möglichkeiten, sich an Aktivitäten zu beteiligen und gemeinsam mit vielen anderen Menschen schöne Stunden zu verbringen. Die Eröffnungsveranstaltung am 29. August im Festsaal der Kreisverwaltung wurde umrahmt von einem kulturellen Programm der Kindertanzgruppe, des AWO-Kindergartens „Uns Windros“ Bad Doberan und dem Kröpeliner Heimchor unter der Leitung von Frau Hermann. Es hat allen Freude bereitet und wir danken herzlich dafür.

Der Bürgermeister eröffnete die Seniorenfestwoche offiziell und bei Kaffee und Kuchen verging der Nachmittag wie im Fluge. Die nächsten Tage waren voll ausgeplant mit einer Radwanderung ins Quellental, einer Wanderung durch den Kellerswald und einem Rommé-Nachmittag. Alle drei



Doberaner Senioren beim Grillfest im Kornhaus: (Bildmitte) Jochen Arenz vom Johanneshaus

Veranstaltungen waren gut besucht und bewiesen, wie fit unsere Senioren noch sind und wie viel Freude sie daran haben, sich überall mit einzubringen. Wie in jedem Jahr hatten wir auch die Niederdeutsche Bühne Wismar zu Gast. Dieses Jahr wurde das Stück „Wer nicht bedrückt, de ward bedragen“ gespielt. Es war besonders eindrucksvoll, kam es doch mitten

aus dem Leben. Das Publikum dankte mit großem Applaus.

Eine sehr schöne Veranstaltung fand am 2. September im Kornhaus statt: ein Grillnachmittag bei herrlichem Wetter. Rund 80 Senioren hatten sich eingefunden, um bei Kaffee, Kuchen, Grillwürstchen, selbstgemachten Salaten

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

und Getränken fröhlich zu sein. Spontan umrahmt wurde dieser Nachmittag vom Chor des BRH. Rolf Dietze spielte auf seinem Akkordeon manche Melodie, die zum Mitsingen und Schunkeln animierte. Auch hier bedanken wir uns bei allen, die dazu beigetragen haben. Höhepunkt war am 6. September die Busfahrt nach Ratzeburg mit anschließender Dampferfahrt nach Lübeck. Bei Sonnenschein genossen wir die schöne Landschaft an der Wakenitz und

bei Speis' und Trank auf dem Schiff ließen wir es uns gut gehen. In Lübeck erwartete uns der Bus und wir fuhren anschließend nach Travemünde, um uns dort in der 35. Etage des Hotels „Maritim“ bei Torte und Kaffee zu stärken. Wie in jedem Jahr endeten die Seniorenfesttage mit einer Fahrt, organisiert von der evangelischen Kirche Bad Doberan, zur Insel Poel – eine Fahrt durch eine schöne Landschaft, die Begeisterung bei den Senioren hervorrief, und bei Kaffee und Kuchen ließ man es sich gut gehen. Für das Erlebnis bedanken

wir uns bei Herrn Pastor Jax. Alle diese Veranstaltungen haben uns motiviert, weiter zu machen, denn es war dem Seniorenbeirat eine Freude, den Senioren unserer Stadt viele schöne Erinnerungen zu bescheren. Bei allen Senioren bedanken wir uns für die Teilnahme und freuen uns auf eine weiter gemeinsame Zeit. Unter dem Motto „Miteinander – Füreinander“ sollte uns das gelingen.

Marianne Bökenhauer
Vorsitzende des Seniorenbeirats

Es fehlen bezahlbare, altengerechte Wohnungen

Viele künftige Rentenempfänger im Landkreis Rostock werden demnächst in eine kleinere Wohnung umziehen müssen, weil ihre monatlichen Bezüge die Mietkosten nicht decken. Das betont die *Ostsee-Zeitung* in einem Beitrag und berichtet weiter: „In knapp zehn Jahren werden im Landkreis Rostock mindestens 3300 Senioren von Grundsicherung leben müssen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Instituts für angewandte Systemforschung und Prognose Hannover. Für die Betroffenen fehlen vor allem bezahlbare, altengerechte Wohnungen.“ Die auch als Pestel-Institut bekannte Einrichtung stuft, gemessen am Bundesdurchschnitt, die 2020 zu erwartende Altersarmut im Landkreis als

„erhöht“ ein. Für die Betroffenen würden im Alter nur noch Wohnungsgrößen von 30 bis 40 Quadratmetern bezahlbar sein. „Wir stellen uns diesem Problem seit einigen Jahren“, sagt der Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft Güstrow, Jürgen Schmidt. Acht Prozent des Gesamtbestands – rund 380 Wohnungen – hat die Güstrower Wohnungsgesellschaft seniorengerecht saniert. Überwiegend sei das der Wohnungsbestand aus DDR-Zeiten, „den wir mit Fahrstühlen ausgerüstet haben, um auch den älteren Bürgern ein selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen“, betont Schmidt. Hinzu kommen weitere Projekte für Senioren. In der Güstrower Ringstraße werden zwei Wohnblocks modernisiert, in de-

nen die Mieter dann auch eine „Pflegeoption“ wählen können: eine Hausdame, die regelmäßig nach dem Rechten sieht und Hilfsangebote vermittelt.

Auch in Bad Doberan ist der Bedarf an seniorengerechten Wohnungen riesig. Schon jetzt sind 3030 der insgesamt 12 300 Einwohner älter als 65 Jahre. „Es gibt lange nicht genug altengerechte Wohnungen“, bestätigt die Vorsitzende des Seniorenbeirats der Stadt, Marianne Bökenhauer. „Aber wir sind dran an dem Problem.“

Ein gemeinsames Projekt ist in Zusammenarbeit von Seniorenbeirat und der Doberaner Wohnungs- und Investitionsgesellschaft entstanden. 25 altersgerechte Wohnungen sollen in der Bussardstraße neu gebaut werden. ■

Zu alten Schlössern und Gutshäusern

Auch in diesem Jahr setzten wir Senioren aus Broderstorf unsere Touren zu den Schlössern und Gutshäusern in Mecklenburg fort. Im April trafen wir uns am Bahnhof in Broderstorf und fuhren in einem Autokorso nach Ehmendorf. Nora Fischer, die Besitzerin und „Kräuterfrau“, erzählte uns, wie sie sich in das neugotische Dreigiebelhaus, das bereits 1760 erbaut wurde, verliebt hatte. Mit viel Energie machte sie das Anwesen zu dem, was

es heute ist: das „Wildkräuterhotel“. Wir wurden auch durch das Haus geführt. Da gab es einen roten, einen grünen und einen blauen Salon zu bewundern. Am historischen Herd in der Küche wurden wir mit Kuchen empfangen, der mit Melisse, Veilchen, Gänseblümchen und Minze verziert war. Einige probierten auch die leckere Brennesselsuppe und die Kräuterbrote. Nachdem wir uns gestärkt hatten, führte unser Weg am ältesten Wild-

apfelbaum Deutschlands vorbei – er ist zwischen 400 und 500 Jahre alt. Im Jahre 2007 brach er leider auseinander. Ein gelungener Nachmittag!

Unsere zweite Fahrt zu Schlössern und Herrenhäusern führte uns im Juli zum Gutshaus Gottin. Auch dort erwartete uns auf der Freitreppe die Gutsherrin, Frau Fritz. Zunächst führte sie uns hinter das Haus und zeigte uns ihre Rosen, überwiegend englische Sorten – insgesamt 200. In Kombination mit

Lavendel und Katzenminze boten sie einen fantastischen Anblick.

Leider fing es an zu regnen und wir flüchteten in das Café, das sich im Anbau befand. Bei Kuchen und Kaffee erzählte uns Frau Fritz die Geschichte des Hauses: 1830 erbaut, mehrmals umgebaut, mehrere Besitzer, nach 1945 Flüchtlingsunterkunft, dann Schule und zum Schluss leer. 1996

kaufte Frau Fritz der Gemeinde das Gutshaus ab und sanierte es als Gästehaus.

Nach einer kleinen Stärkung setzten wir unsere Parkführung fort. Die große Liebe der Gutsherrin ist ihr Park, den sie fast neu hat anlegen lassen. Alle alten Bäume wurden übernommen. Einige Raritäten, wie den feinblättrigen Lindenbaum, den Taubenbaum, sehr

große Rotbuchen und vieles mehr, waren zu bestaunen. Ganz besonders hob die Gutsherrin ihre riesige Raubritter-Rosenhecke hervor – sie sei einmalig in Deutschland. Die Hecke begrenzte westlich den Park. Durch einige schöne Alleen fuhren wir nach Hause und fanden, dass auch dieser Ausflug wieder sehr schön war.

Edith Schröder

Seniorenvertreter trafen sich zum elften Mal

Der Kreissenorenbeirat Güstrow weilte Mitte August zum elften Partnerbesuch im Landkreis Rotenburg/Wümme. Die Kreispartnerschaft der Senioren erlebte damit erneut einen Höhepunkt, wenngleich sie unter dem Zeichen der damals kurz bevorstehenden Gebietsreform stand. Hanne Lore Harder dankte als Vorsitzende des Güstrower Seniorenbeirats für zehn Jahre Partnerschaft auf dem Gebiet der politischen Seniorenarbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, dass neben notwendigen Umbrüchen durch die Landkreisneueordnung bewährte Kontakte zum niedersächsischen Partnerkreis bestehen bleiben. Der Vorsitzende des dortigen Seniorenrats, Peter Bitomsky, führte die Gruppe von sieben Beiratsmitgliedern nach Sandbostel



Spaziergang über das Moor



Hanne Lore Harder, Peter Bitomsky

in der Samtgemeinde Selsingen, wo Peter Radzio und Dr. Hein-Arne zum Felde als zuständige Bürgermeister Begrüßungsworte an die Senioren richteten. Der amtierende Bürgermeister, Dr. zum Felde, beschrieb die Situation der Samtgemeinde ausführlich und ließ kritische Betrachtungen zur medizinischen Versorgung, zur Alterstruktur und der sich lichtenden Infrastruktur nicht aus. Die Mecklenburger fühlten sich in vielerlei Beziehung an die eigene Realität erinnert.

Bewegend verlief der Besuch der Dokumentations- und Begegnungsstätte Lager Sandbostel. 1939 wurde hier von den Nationalsozialisten

das Kriegsgefangenenlager Stalag X B erbaut, wo bis zu dessen Befreiung am 29. April 1945 durch die Briten Kriegsgefangene aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, Jugoslawien, Polen und der Sowjetunion sowie zuletzt etwa 10.000 KZ-Häftlinge aus Neuengamme bei Hamburg gefangen gehalten wurden.

Nach dem Krieg bis 1948 wurden einige SS-Führer und NS-Funktionäre in Sandbostel interniert. Von 1952 bis 1960 dienten die noch erhaltenen Unterkünfte als Durchgangslager für jugendliche DDR-Flüchtlinge. Mit den ehemals 150 Baracken war

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

Stalag X B das größte Kriegsgefangenenlager des Deutschen Reiches. Nach heutigen Erkenntnissen geht man von etwa 20.000 Toten allein unter den sowjetischen Kriegsgefangenen aus, die gemeinsam mit polni-

schen Internierten härteste Haftbedingungen zu erleiden hatten. Heute stehen auf dem Gelände nur noch 23 Gebäude, da über Jahrzehnte hinweg keine Initiative Erfolg hatte, dieses geschichtliche Kapitel aufzuarbeiten. Erst 1980 fanden sich Initiatoren zur Errichtung einer Gedenk-

stätte, die 2004 in die Gründung der Stiftung Lager Sandbostel mündete. Der an Eindrücken und Erfahrungen reiche Tag mündete in einen Spaziergang über das Moor und endete in der Kirche Selsingen mit anschließendem Ade im Gemeindehaus.

Roswitha Dargus

„...aber Nachbars Uwe nimmt Drogen!“

Täter suchen sich stets Schwächere als Opfer aus – Kinder, Frauen oder Senioren. Deshalb war das Interesse am diesjährigen Präventionstag, den der Kreispräventionsrat Bad Doberan veranstaltet hatte, bei diesem Personenkreis besonders groß. Auch Vertreter des Kreissenorenbeirats und verschiedener Ortssenorenbeiräte verdeutlichten dies durch ihre Anwesenheit und aktives Mitwirken. Die Veranstaltung begann mit dem Auftritt der Improvisationstheatergruppe „Die Haspler“ aus Rostock und endete bei vielen individuellen Gesprächen an den Ständen der aktiven Opferhilfe- und Präventionsvereine. Zu ihnen gehörten der Jugendmigrationsdienst ebenso wie die Suchtberatung, der „Weisse Ring“, „Pro Familia“ und die Arbeitsgruppe Seniorensicherheit beim Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung. Alle waren sich einig, dass der beste Opferschutz darin besteht, Präventionsarbeit zu leisten. In der alten Volksweisheit „Gefahr gekannt, Gefahr gebannt“ steckt doch viel Wahrheit.



Preisübergabe an die Wettbewerbssieger

Eröffnet hatte die Veranstaltung Landrat Thomas Leuchert als Vorsitzender der Kreispräventionsbeirats, das Grundreferat hielt der Geschäftsführer des Landesrats für Kriminalitätsvorbeugung, Armin Schlender. Große Aufmerksamkeit fand auch der sehr interessante Vortrag von Herrn Siedelberg, Geschäftsführer der Lan-

deskoordinierungsstelle für Suchtvorbeugung MV“, unter dem Motto „Süchtig sind wir alle, aber Nachbars Uwe nimmt Drogen“. Mit einer Preisverleihung des hierauf bezogenen Schülerwettbewerbs fand die gelungene Veranstaltung ihr angemessenes Ende.

Martin Langer

Das „gefühlte“ Alter ist ganz individuell

Altern ist ein natürlicher biologischer Vorgang, der zu jedem Leben dazugehört. Der Alterungsprozess ist dabei individuell von Mensch zu Mensch verschieden und wird von genetischen Faktoren ebenso wie von äußeren Umständen wie Umwelteinflüssen und Lebensweise bestimmt. Der richtige Lebensstil kann sehr viel dazu beitragen, gesund alt zu werden. Denn: Wer auch in höherem Lebensalter körperlich aktiv und geistig rege ist, kann den natürlichen Alterungspro-

zess zwar nicht aufhalten, aber zumindest verlangsamen. Schon alltägliche Aktivitäten wie Treppensteigen, Spaziergänge oder Gartenarbeit helfen, der Gesundheit Stabilität zu geben. Darüber hinaus halten Gedächtnisaufgaben und viele soziale Kontakte den Geist fit und aufnahmefähig. So kann eine gesunde Lebensweise die Lebensjahre zwar nicht einfach „ausradieren“, aber sie kann das „gefühlte“ Alter um etliche Jahre reduzieren. ■

Wir möchten Sie herzlich einladen!

PFLEGEN

Vitanas

UND WOHNEN



Vorbeischaun. Reinschaun. Umschaun.

Unsere Vitanas Senioren Centren stehen immer offen. Wir freuen uns, wenn Sie einfach mal vorbeikommen und sich ein Bild unserer Häuser machen.

Gern beraten wir Sie im persönlichen Gespräch oder telefonisch. Informieren Sie sich auch über unsere vielfältigen Veranstaltungen. Da ist ganz sicher auch etwas für Sie dabei!

- Versorgung aller Pflegestufen und rüstiger Bewohner
- Probewohnen
- Kurzzeit- und Verhinderungspflege,
- Spezieller beschützender Wohnbereich für Bewohner mit Demenz
- Alle Zimmer mit eigenem Duschbad
- Haustiere sind herzlich willkommen
- Private Möblierung gern möglich
- Vielfältige Therapie-, Tätigkeits- und Freizeitangebote am Vor- und Nachmittag, teilweise auch abends

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 40
17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 563 98 - 0

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark
Am Tierpark 6
17373 Ueckermünde
☎ (039771) 201 - 0

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Landräte haben Unterstützung zugesagt

In Törpin bei Demmin trafen sich Vertreter der Serienbeiräte aus dem gesamten Bundesland auf einer Regionalkonferenz des LSB, um sich über die Situation nach Bildung der Großkreise auszutauschen. Jana Otto vom *Nordkurier* hob in ihrem Bericht hervor, dass für die Teilnehmer an der Konferenz feststand: Die ehemaligen Kreisbeiräte bleiben als regionale Seniorenbeiräte bestehen, denn „das neue Groß-

kreis-Gremium wolle auf keinen Fall die Verbindung zu den Senioren an der Peripherie verlieren“. Sie zitiert Prof. Dr. Pratzel: „Wir haben uns auf den Namen ‚Demminer Land‘ geeinigt, da es sowohl die Stadt als auch den Amtsbereich am besten erfasst.“ Der neue Landrat Heiko Kärger (CDU) hätte ihm hierfür bereits Unterstützung zugesagt.

Ähnliches gilt für den neuen Landkreis Vorpommern-Greifswald, wo ih-

nen Landrätin Barbara Syrbe helfen wolle. „Die alte Landrätin ist auch die neue“, sagte Herbert Kautz, LSB-Vorstandsmitglied. „Sie hat uns vor der Wahl ihr Wort gegeben und muss nun dazu stehen.“ LSB-Vorsitzende Brigitte Paetow empfahl den Vertretern der Beiräte, die Strukturen in den Kommunen als Verein zu führen – nicht zuletzt wegen der Möglichkeit, Fördermittel zu erhalten. ■

Delegierte aus der Region zur Herbsttagung

An der Herbsttagung des Landesseniorenbeirats und des Ministeriums für Soziales und Gesundheit sowie an der Mitgliederversammlung im „Trend-Hotel“ in Banzkow bei Schwerin nahmen aus der Region Demmin Horst Ungelenk und Prof. Dr. Helmut G. Pratzel, aus Neubrandenburg Günter Schult und Wolfgang Richter sowie aus Waren Friedericke Dick und Erich Rottenau teil. Entschuldigt fehlten Hannelore Hildebrandt und Siegfried Schindler aus der Region Neustrelitz.

Nach der Gebietsreform, so wurde in der Mitgliederversammlung beschlossen, werden weiterhin 36 Mitglieder – je fünf aus den sechs Landkreisen und je drei aus den beiden kreisfreien Städten Rostock und Schwerin – als Mitglied in den Landesseniorenbeirat gewählt und in ihm mitarbeiten. Nach den Berichten der Vorsitzenden, der Schatzmeisterin und der Kassenprü-



(v.l.) Brigitte Paetow, Erich Rottenau, Horst Ungelenk, Prof. Helmut Pratzel, Günter Schult, Wolfgang Richter, Friedericke Dick

fer wurden die Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr beraten und beschlossen. Übereinstimmend konnte festgestellt werden, dass es

eine wegweisende, niveauvolle und konstruktive Veranstaltung des Landesseniorenbeirats war.

Erich Rottenau

Neuer Kreissenorenbeirat konstituierte sich

Am 22. September trafen sich in der „Alten Schule“ in Törpin die Delegierten der bisherigen Landkreise Müritzer, Mecklenburg-Strelitz und Demmin sowie der Stadt Neubrandenburg zur Konstituierung des neuen Kreissenorenbeirats Mecklenburgische Seen-

platte. Jeweils fünf Delegierte waren nominiert, die sich für die Seniorenarbeit des neuen Landkreises zur Verfügung stellen. Hierbei wurde besonders berücksichtigt, dass Vereine und Verbände vertreten werden, die sich mit der Basisarbeit der älteren Ge-

neration befassen. Anschließend berichtete Jana Otto von der *Demminer Zeitung (Nordkurier)*:

Zunächst galt es, sich über eine gemeinsame Satzung und eine Geschäftsordnung zu einigen. Vor leerem Papier saßen die entsandten

Vertreter allerdings nicht. Denn bei den Nachbarn, im Landkreis Vorpommern-Greifswald, wurden solche Schriftstücke bereits erarbeitet, so dass sich die Senioren hier Unterstützung holten. Eingeladen wurde deshalb Herbert Kautz, der Vorsitzende des Kreissenorenbeirats Vorpommern-Greifswald. Zudem war Brigitte Paetow, Vorsitzende des Landessenorenbeirats, anwesend, um beratend zur Seite zu stehen.

Dem Kreissenorenbeirat Mecklenburgische Seenplatte gehören jeweils fünf Vertreter aus den ehemaligen Kreisen beziehungsweise der Stadt Neubrandenburg an. Insgesamt besteht das Gremium aus 20 Mitgliedern. Es soll dem neuen Kreistag, der sich im Oktober konstituieren wird (*was inzwischen geschehen ist. D. Red.*), beratend zur Seite stehen, so wie es das Seniorenmitwirkungsgesetz Mecklenburg-Vorpommerns empfiehlt. Um sich aktiv im neuen

Kreistag einzubringen, ist es für den Beirat von größter Bedeutung, dass das Gremium in der Hauptsatzung verankert wird, wie Helmut Pratzel, gewählter Sprecher des neuen Beirats, deutlich machte. Auch in diesem Schritt sind die Vorpommern schon etwas weiter: Hier wurde die Mitwirkung des Seniorenbeirats bereits in die Hauptsatzung aufgenommen.

Um dieses Ziel auch im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zu erreichen, muss die Hauptsatzung, der die ehemaligen Kreistage bereits zugestimmt haben, geändert werden. Die Hoffnung, dass ein entsprechender Antrag gleich auf der ersten Sitzung behandelt wird, wurde aber schnell getrübt. Im Politikbetrieb erfahrene Mitstreiter verwiesen darauf, dass es einen Dienstweg gibt, den die Hauptsatzung gehen muss, einschließlich Prüfung durch das Innenministerium. Zudem sind auch die Fraktionen erst dabei, sich aufzustellen.

Bis es soweit ist, könnten noch Monate vergehen. „Ich denke, dass Mitte Mai nächsten Jahres realistisch ist“, schätzte LSB-Geschäftsführer Bernd Rosenheinrich ein. Er regte deshalb an, dass der neue Kreistag auf seiner ersten Sitzung zumindest den Beschluss fasst, dass bis zur Änderung der Hauptsatzung die alten Seniorenbeiräte tätig bleiben. „Sonst ist Ende des Jahres Schluss“, gab er zu bedenken. Und das widerspricht den Interessen. Denn die ehemaligen Beiräte sollen in der Fläche erhalten und auch aktiv bleiben. „Die Arbeit wird ja nach wie vor an der Basis gemacht“, sagte Helmut Pratzel.

Nach Redaktionsschluss erfuhren wir, dass der Seniorenbeirat am 8. November in die Hauptsatzung des neuen Landkreises Mecklenburgische Seenplatte aufgenommen worden ist; Prof. Pratzel wurde zum Mitglied des Sozialausschusses gewählt. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Dritte Greifswalder Seniorentage boten reiche Vielfalt

„Wir wollen viele ältere Menschen anregen, die zahlreichen Varianten interessanter und zufriedenstellender Beschäftigung gemeinschaftlich mit anderen zu erleben.“ Das war eine der Zielstellungen des Greifswalder Seniorenbeirats für die Gestaltung der Seniorentage vom 10. bis 16. Oktober 2011. Schon bei der Eröffnung der Seniorentage mit dem „Markt der Möglichkeiten“ in der „Schwalbe“, dem Begegnungszentrum der Volkssolidarität, zeigten viele Freizeitgruppen und Organisationen ihr Angebot und vielfältige Möglichkeiten interessanter Lebensgestaltung im Alter. Nicht nur die Gäste vom Seniorenbeirat aus der Partnerstadt Osnabrück waren beeindruckt vom Chor der Volkssolidarität und vom Programm der Kindergartengruppe des DRK. Sie nahmen sich Text und Noten des Liedes „Wunder-



Eröffnung der Seniorentage: Chor der Volkssolidarität

bare Welt“ mit nach Osnabrück. In über 30 Organisationen, Gruppen und Verbänden wird von und für Senioren auf unterschiedlichsten Gebieten ein interessantes Freizeitange-

bot bereitgehalten. Darüber konnte man sich bei den Seniorentagen informieren, ebenso in Vorträgen zu

Fortsetzung auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

gesundheitsrelevanten Themen und zu Reisen nach Israel und Australien. Viele nahmen an einem Vitalitätstraining teil und betätigten sich im Freizeitbad sportlich. Die „Greifenfedern“ boten Kostproben ihres literarischen Schaffens und die Feuerwehr eine Informationsveranstaltung. Neu waren eine ökumenische Andacht und ein Gottesdienst mit Workshopchor. Die von sehr vielen Senioren besuchte Premiere der Operette „Die Csardas-

fürstin“ von Emmerich Kálmán rundete das umfangreiche Programm ab. Zum Erfolg der mehr als 16 Veranstaltungen haben viele ehrenamtliche Helfer aus Einrichtungen, Vereinen und Gruppen beigetragen, so Mitglieder der Volkssolidarität Greifswald und der Chor der Volkssolidarität, die Tanzgruppe der AWO, das Freizeitbad Greifswald, die Scheele-Apotheke Greifswald, das MaX-Planck-Institut, Seniorenkreise der evangelischen St. Marien-Kirche und der katholischen Pfarrei St. Joseph, die Johanna Ode-

brecht Stiftung, der Betreuungsverein „Christopherus“, die Freiwillige Feuerwehr, die Seniorenakademie, die Seniorenwohnresidenz MEDIGREIF, außerdem Freizeitgruppen des Bahnsozialwerks, das Deutsche Rote Kreuz und der Kindergarten des DRK, die Stadtverwaltung Greifswald sowie Prof. Dr. Detlef Köster. Der Seniorenbeirat bedankt sich bei allen Akteuren.

*Harald Sieting
Stellvertretender Vorsitzender
des Seniorenbeirats*

Zu Besuch in der polnischen Partnerstadt Goleniow

Vertreter des Seniorenbeirats der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sowie des dfd e.V. folgten Ende Oktober einer Einladung der Seniorenvertretung in der polnischen Partnerstadt Goleniow. Dort wurden wir vom stellvertretenden Bürgermeister Herrn Zajko begrüßt. Wir übermittelten Grüße von Oberbürgermeister Dr. Arthur König, welche erwidert wurden. Danach trafen wir uns mit Vertretern von Vereinen und Interessenverbänden, die über ihre Aktivitäten berichteten, so

beispielsweise ein Verein „Frauen mit Krebs“, der auch Familien unterstützt. Außerdem stellten sich der Polnische Rentnerverband, ein Tanzverein sowie eine Gruppe des ehemaligen Militärflugplatzes vor. Auch wir schilderten unsere Aktivitäten. Am zweiten Tag besichtigten wir ein liebevoll eingerichtetes Museum in Goleniow und führten ein interessantes Gespräch mit der Leiterin dieses Museums. Das Ziel unseres Besuches war, polnische und deutsche Vereine

und Interessengruppen miteinander bekannt zu machen und auf dieser Ebene weitere Kontakte aufzubauen. Ein Dankeschön an unseren Betreuer Herrn Joseph Kazaniecki von der Gemeindevertretung Goleniow – er hatte das Treffen vorbereitet und fungierte auch als Dolmetscher.

*Leonhard Bienert
Mitglied des Seniorenbeirats
und Sprecher der EWN-Senioren
(Energiewerke Nord)*

Beirat begrüßt Änderungssatzung zum Friedhof

Der Vorstand des Seniorenbeirats der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschäftigte sich mit dem Entwurf der 1. Änderungssatzung zur Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung, die durch die Leiterin der Friedhofsverwaltung, Ruth Buchheim,

erläutert wurde. Er begrüßt die erneute Diskussion der Änderungssatzung in den Ausschüssen und erwartet, dass bei der Prüfung der Kosten von der größtmöglichen Sparsamkeit ausgegangen wird. Außerdem sollten die Stadt und

der zu bildende Seniorenbeirat des Landkreises dafür sorgen, dass der Fachdienst Soziales des Landkreises nach neuen Wegen sucht, um unbürokratisch mittellosen Bürgern Hilfe bei einer würdevollen Bestattung zu geben. ■

Zum ersten Mal läuteten die Glocken

Das gab es zum ersten Mal zu Seniorantagen in Greifswald: Kirchenglocken läuteten. Der Anlass: Die Glocken der Greifswalder katholischen Propsteikirche luden ein zu einer ökumenischen Andacht. Gestaltet wurden sie von den Seniorenkreisen der katholischen Pfarrei und der evangelischen Gemeinde St. Marien. Ihre Mitglieder übernahmen die Lesung, die

Fürbitten und ein Gebet. Die Auslegung der biblischen Lesung erfolgte durch den Pfarradministrator von St. Joseph, Kaplan Bruno Monn, und Pfarrer i. R. Holm Collatz, der den Kirchenkreis Greifswald der Pommerschen Evangelischen Kirche im Seniorenbeirat vertritt. Musikalisch begleitete die Andacht Prof. Dr. Frieling mit Liedern aus dem „Gotteslob“.

Dieser „Premiere“ sollen in den nächsten Jahren weitere religiöse Veranstaltungen folgen – nach dem Vorbild von Osnabrück. Die Gäste aus der niedersächsischen Partnerstadt berichteten, dass bei ihnen seit 38 Jahren Seniorenwochen stattfinden, bei denen jedes Mal ein ökumenischer Gottesdienst zum Programm gehöre.

Dr. Berndt Frisch

Wie macht man es in Osnabrück?

Auf Einladung der Partnerstadt Osnabrück weilte eine Delegation des Seniorenbeirats der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in der niedersächsischen Hansestadt, um an den Eröffnungsveranstaltungen der 38. Osnabrücker Seniorenwochen teilzunehmen. Besonders interessant gestaltete sich der Erfahrungsaustausch des dortigen Seniorenbeirats mit den Beiräten aus Münster, Enschede (Nie-

derlande) und Greifswald. Neben einer guten Zusammenarbeit der Beiräte mit den Sozialabteilungen der jeweiligen Städte und der engen Verbindung zu den Sozialausschüssen der Bürgerschaften hat sich die regelmäßige Information zur Vorbereitung der Sitzungen der Stadtparlamente bewährt.

Beschlussvorlagen zu seniorenrelevanten Themen werden nicht nur den Mit-

gliedern der jeweiligen Bürgerschaft, sondern auch dem örtlichen Seniorenbeirat zugeleitet, damit von hier aus entsprechend Stellung bezogen und gegebenenfalls auch ein Antrag auf Rederecht in der Bürgerschaft gestellt werden kann. Zu den Greifswalder Seniorentagen, die Mitte Oktober stattfanden, wurde der Dialog mit den Osnabrücker Senioren fortgesetzt.

Hs

Empfehlung: Mehr Kooperation suchen

Kürzlich informierte sich der Vorstand des Seniorenbeirats über das Angebot der Begegnungsstätte des Diakonie-Pflegedienstes. Die Seniorenvertreter zeigten sich dabei erfreut, dass es nach dem Rückzug der Volkssolidarität aus der Kapaunenstraße im Bereich der Altstadt wieder eine generationsübergreifende Begegnungsstätte mit einem vielfältigen Angebot gibt. Hinsichtlich der Auslastung der Einrich-

tung gaben die Vorstandsmitglieder des Seniorenbeirats die Empfehlung, stärker die Kooperation mit Seniorenvereinen der Stadt zu suchen. Einen Vorteil gibt es für beide Seiten: Die Vereine können den beklagten Mangel an Veranstaltungsräumen überwinden, andererseits können sie zu einem noch vielfältigeren Veranstaltungsangebot in der Begegnungsstätte beitragen. Ein Handicap für die Nutzung der

Begegnungsstätte stellt allerdings die ungünstige Verkehrsanbindung dar. Nicht zustimmen kann ich der Einschätzung des Prokuristen des Diakonie-Pflegedienstes, dass es ein Überangebot an Begegnungsstätten gebe. Nach Auffassung des Seniorenbeirats sollte es solche durchaus in allen Stadtteilen geben.

Dr. Berndt Frisch

Vorsitzender des Seniorenbeirats

Erfahrungen aus erster Hand

Am 1. September lud die Bürgerchaftsfraktion der SPD den Seniorenbeirat der Hanse- und Universitätsstadt zu ihrer Fraktionssitzung ein, um gemeinsame Handlungsansätze zu diskutieren. „Es ist wichtig für uns, die Probleme, Wünsche und Erfahrungen unserer älteren Mitbürger aus erster Hand zu erfahren, um besser auf ihre spezifischen Bedürfnisse eingehen zu können“, betonte Karl-Dieter Schmidt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Neben anderen Themen wurde auch die Mietpolitik der WVG erörtert,

die vor allem für Senioren mit geringer Rente große finanzielle Belastungen bedeuten kann. Dabei erläuterte Prof. Dr. Wolfgang Joecks noch einmal die Entscheidung der SPD-Fraktion, sich gegen den Antrag von Die Linke auszusprechen. „Es muss hierbei vor allem mit Augenmaß gehandelt und entschieden werden“, so Prof. Dr. Joecks. „Deshalb sollte es Sozialarbeiter und Sachbearbeiter der WVG geben, die sich jeden Einzelfall genau vor Ort anschauen und entsprechende Unterstützung leisten.“

Gemeinsam wurde anschließend die Wichtigkeit des Seniorenbeirats für den neuen Großkreis besprochen. „Auch im neuen Kreis Vorpommern-Greifswald muss der Seniorenbeirat in der Hauptsatzung Gehör finden und fest verankert sein“, so Fraktionsvorsitzender Dr. Andreas Kerath. Dazu werde auch die zukünftige engere Zusammenarbeit zwischen Greifswalder SPD und Seniorenbeirat beitragen.

Franziska Hain

SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

Neun Sportmannschaften traten an

Bereits zum zehnten Male fand in der Sporthalle von Karlshagen das 10. Seniorensportfest des Kreissportbundes Ostvorpommern und des Kreisverbands Greifswald/Ostvorpommern/ Uecker-Randow des Sozialverbands

Deutschland (SoVD) statt. Mit guter Stimmung beteiligten sich daran Mannschaften der SoVD-Ortsgruppen Greifswald, Wolgast und Karlshagen sowie zwei Teams von Partnerorganisationen aus dem pol-

nischen Swinoujscie (Swinemünde) – insgesamt neun Mannschaften. Den Siegerpokal konnten wie in den Vorjahren die Sportler eines polnischen Teams in ihren Händen halten.

bf

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

Gedanken der regionalen Beiräte

Gedanken zur Arbeit von Seniorenbeiräten stellten die Beiräte der Stadt Sassnitz und des Landkreises Rügen gemeinsam Anfang September dem Sozialausschuss der Stadt Sassnitz vor. „Die Seniorenbeiräte sind landesweit gut aufgestellt und bemühen sich um eine dem Klientel angepasste Arbeit. Allerdings gibt es da erhebliche Unterschiede, denn zuweilen wird das Wort Senior mit den Begriffen Pflegebedürftigkeit und Heimunterbringung verknüpft. Das sehen der Seniorenbeirat des Landkreises Rügen und der der Stadt Sassnitz ganz anders, denn die Gruppe der Senioren umfasst erheblich mehr Bürger.“ Von den 1,6 Millionen Einwohnern in unserem Bundesland sind 400 000 ältere Menschen. 70 000 davon, also fast 25 Prozent, brauchen unsere Hilfe und Beistand. Nicht zuletzt die Seniorenbeiräte bemühen sich um gesetzliche Regelungen hierfür. Der größte

Teil der Personen im „gehobenen“ Alter, also etwa 330 000, wird meistens vergessen. Aber gerade in dieser Gruppe ruhen enorme Erfahrungen und Kenntnisse, die gut gebraucht werden könnten.

Nun entstehen neue Landkreise, die wesentlich größer sind als die bisherigen. Es ist zu erwarten, dass weitere Teile der Arbeit in den Verwaltungs- und Informationsdiensten auf das Ehrenamt verlagert werden. Hier könnte es wesentlich mehr „Mitmacher“ geben, wenn eine ansprechende und angepasste Erstattung erfolgen würde. Bei einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern mit nur mäßiger Schienenverbindung und nicht optimalem Busverkehr ist Reisen teuer. Bei den Reisekosten, die ja zum Teil am unteren Level des Möglichen vergütet werden, bleibt es nicht. Hinzu kommen Ausgaben für Büromaterialien, eventuelle Übernachtungen und

verschiedene Dinge mehr, die zum Teil nicht abrechenbar sind. Dies wird seit langem auch im Landesseniorenbeirat bzw. in dessen Vorstand und im Sozialministerium angesprochen, findet aber dort bisher keine offenen Ohren. Über kurz oder lang werden wir uns diesen Fragen stellen müssen, wenn es zu einer ehrenamtlichen Arbeit auf breiter Basis kommen soll, die letztlich auch die Grundlage für die Seniorenbeiräte ist. Außerdem: Alle Seniorenbeiräte haben in ihren Satzungen festgeschrieben, dass deren Arbeit überparteilich und überpolitisch sein soll und muss. Man sollte hierauf sehr genau achten, damit aus den Beiräten nicht Außenstellen von parteilichen Interessen werden.

Eugen Kozik

Seniorenbeirat der Stadt Sassnitz

Fritz Barthel

Seniorenbeirat des Landkreises Rügen

Barrierefreiheit im Stralsunder Behindertenbericht

Zu den sechs Erstunterzeichnerinnen der Erklärung von Barcelona 1995 „Die Stadt und die Behinderten“ gehört auch die Hansestadt Stralsund. Die Abgeordneten der Bürgerschaft verständigten sich über den Beitritt zur Erklärung mit dem Ziel, die Chancen der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen durch die schrittweise Herstellung der Barrierefreiheit in der Stadt zu erhöhen. 2001 wurde durch den Oberbürgermeister erstmalig ein Behindertenbericht gegeben. Ein Beschluss der Bürgerschaft vom März 2003 verlangte vom Oberbürgermeister, der Bürgerschaft jährlich einen solchen Bericht vorzulegen, in dem die Stadtverwaltung die Anstrengungen und Fortschritte bei der Gestaltung der Barrierefreiheit darlegt.

Zugleich wurde ein langfristiger Maßnahmenplan „Abbau von Barrieren in der Altstadt“ entsprechend einer Studie der durch die Stadtentwicklungsgesellschaft festgestellten Behinderungen erarbeitet.

2001 hatte Stralsund 8.378 Menschen mit einer Behinderung von 50 Prozent und mehr. Zum 31. Dezember 2010 wies die Statistik bereits 12.028 Menschen in dieser Gruppe aus. Darunter befanden sich 377 junge Menschen bis zum 26. Lebensjahr. Heute leben in Stralsund insgesamt 16.030 Menschen mit Behinderungen, die beim Versorgungsamt angezeigt sind. 28,18 Prozent der Bevölkerung haben mindestens eine Behinderung.

Das belegt, wie richtig es war, sich rechtzeitig mit dem umfassenden Problem Barrierefreiheit zu beschäftigen,

regelmäßig den Entwicklungsstand einzuschätzen, eine hauptamtliche Behindertenbeauftragte einzustellen und das Ehrenamt als wesentliche Ergänzung zu nutzen. Der Behindertenbericht 2010 am Ende der Kreisfreiheit Stralsunds weist eine erfolgreiche Bilanz aus.

Einige Beispiele: Die alle zwei Jahre erfolgende Verleihung der Plakette über die Barrierefreiheit zielt seit 2010 weitere neun beispielhafte Einrichtungen. Durch die Ordnungskräfte wurden im vergangenen Jahr in 883 Fällen das unberechtigte Parken auf Sonderparkplätzen für Schwerbehinderte und 90 Parkverstöße vor Bordsteinabsenkungen geahndet. Durch die Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen konnte auch im 20. Jahr ihres Be-

stehens durch spezialisierte Selbsthilfegruppen, Aktionstage und Veranstaltungen zu vielen Themen der wachsende Bedarf nach Beratung gemeistert werden. Ein integrierter Freizeittreff bietet ein ergänzendes Freizeitangebot für behinderte und nichtbehinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene in einem geschützten Rahmen mit vertrauten sozialen Kontakten an. Hier finden tägliche Begegnungen mit wechselnden Angeboten, Freizeitfahrten und das Behinderten-Theater DIE ECKIGEN eine Heimstätte. An der Musikschule erhielten 50 Schülerinnen und Schüler die „Musikalische Grundausbildung für Behinderte“. Bei der Tourismus-

zentrale organisierte sich ein Netzwerk touristischer Leistungsträger, das für Gäste mit Behinderungen besondere Produkte wie etwa spezielle Gruppenreisen und Stadtführungen oder Informationsmaterial in Brailleschrift entwickelt.

Ein besonderer Schwerpunkt ist auch in Stralsund immer wieder das barrierefreie Bauen. An den 152 hierfür aufgelisteten Maßnahmen wird zielstrebig gearbeitet. So wurden auch 2010 durch die Bauaufsicht, begleitet von der Behindertenbeauftragten, dem Behindertenverband und der AG „Altersgerechtes barrierefreies Bauen und Umwelt“ des Seniorenbeirats, bei 18 Objekten der Neu-

bzw. der Umbau beeinflusst. Werden Mängel festgestellt, so wird mit dem Bauamt deren Beseitigung angestrengt. Die Arbeitsgruppe des Seniorenbeirats macht auch mit dem Expertenwissen der Senioren bei regelmäßigen Begehungen auf neu entstehende Behinderungen in der Stadt aufmerksam.

Der Behindertenbericht 2010 zeugt von der Kontinuität der Arbeit und dem verantwortlichen Handeln aller Akteure, die an der Vervollkommnung der Barrierefreiheit in der Hansestadt Stralsund beteiligt sind. Er zeigt aber auch, welche Probleme noch zu bewältigen sind.

Dr. Gerd-Erich Neumann

HANSESTADT ROSTOCK

Dank für ehrenamtlich tätige Menschen

Am 9. Juni hatte die Rostocker Bürgerschaft die Einführung einer Ehrenamtskarte beschlossen. Mit ihr möchte die Hansestadt den Ehrenamtlichen Danke sagen und die Anerkennung und Wertschätzung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements ergänzen. Das Konzept wurde zusammen mit dem Fachkreis Ehrenamt erarbeitet und auf den Weg gebracht. Nach der ersten sym-

bolischen Übergabe im Juni wurden kürzlich 130 Ehrenamtler mit der Card geehrt. Dazu zählten Mitglieder des Abstinenzvereins Trockendock e. V., des Behindertenbeirats, der Gemeinschaft „Rostocker Jahresringe“, der Johanniter-Unfallhilfe, der Rostocker Tafel sowie des Weißen Rings.

Beantragen kann die Ehrenamts-Card, wer seit mindestens drei Jah-

ren (Jugendliche bis 18 Jahre seit mindestens einem Jahr) ehrenamtlich und gemeinwohlorientiert tätig ist. Die ehrenamtliche Tätigkeit muss mindestens fünf Stunden pro Woche oder 250 Stunden im Jahr in einer gemeinnützigen Organisation mit Sitz in Rostock ausgeübt werden und darf mit keinem Entgelt oder pauschaler Aufwandsentschädigung verbunden sein. ■

Fachtagung soll alle Beteiligten sensibilisieren

In Kooperation der Behindertenbeauftragten mit der Koordinatorin für Altenhilfe der Hansestadt Rostock organisierten die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen Gesundheit und Soziales des Beirats für behinderte und chronisch kranke Menschen sowie des Seniorenbeirats eine Fachtagung zum Thema „Suche barrierefreies Wohnen in Rostock“. Architekten, Bauherren, Bauträger, Wohnungsunternehmen, Behörden und Institutionen sollten nachhaltig auf die Problematik aufmerksam gemacht werden



(v.l.) Moderatorin Dr. Ute Fischer-Gäde, Wiltraud Kornagel (Behindertenbeirat), Irmtraud Thomsen (Seniorenbeirat)

und ein Umdenken hinsichtlich der Bereitstellung barrierefreien Wohnraums anzubieten.

Betroffene Bürger berichteten von ihren eigenen Erfahrungen und den Schwierigkeiten in Rostock. Wohnungsunternehmen und Träger des Betreuten Wohnens erläuterten barrierearme und -freundliche alten- und seniorengerechte Wohnformen und Wohnprojekte. Wirklich barrierefreie Wohnungen waren sehr selten dabei.

Fortsetzung auf Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

Es ist geplant, in etwa zwei Jahren erneut eine Fachtagung durchzuführen. Die Sachstandberichte und Ausblicke der Wohnungsunternehmen lassen vermuten, dass sie erkannt haben, dass wir Quartiere benötigen, in denen ältere, behinderte Menschen und Familien mit Kindern in Würde leben können. Mit Stand vom 7. Februar 2011 sind in der Hansestadt 446 barrierefreie Wohnungen vorhanden. Dabei ist zwischen Wohnungen für Rollstuhlfahrer (75) und altersgerechtem Wohnraum (371) zu unterscheiden.

Die altengerechten Wohnanlagen sind sämtlich nach 1990 neu erbaut worden und erfüllen damit den diesen Personengruppen gerechten Standard. Wohnungen für Rollstuhlfahrer, die aus dem Bestand vor 1990 stammen, sind teil- bzw. voll modernisiert.

Die Belegungsrechte für diese Wohnungen sind in Kooperations- bzw. Darlehensverträgen festgelegt und werden durch das Bauamt, Abteilung Wohnungswesen und -förderung wahrgenommen. Die Mitarbeiterin dieser Abteilung berichtet von jahrelangen Wartezeiten betroffener Bürgerinnen und Bürger.

Was wollen wir erreichen?

- Bereitstellung von barrierefreien Wohnungen durch Wohnungsneubau bzw. Wohnraumanpassungsmaßnahmen
- Barrierefreie Wohnungen müssen für Seniorinnen und Senioren sowie behinderte und chronisch kranke Menschen bezahlbar sein und bleiben
- Sensibilisierung aller Beteiligten
- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Es gilt: „Was für die älteren Menschen gut ist, ist für alle gut.“

Petra Kirsten

*Koordinatorin für Altenhilfe
Amt Jugend und Soziales Rostock*

Schlechte Note fürs Handy

Zwei von drei Senioren nutzen ihr Handy höchstens einmal pro Woche. Woran das liegt? Auch an den Handys selbst. Das ergab ein Ideenwettbewerb, den die Deutsche Senio-

renliga ausgeschrieben hatte. Es zeigte sich: Viele Handys gelten als zu klein, als zu schlecht bedienbar und sind mit zuviel Schnickschnack versehen.

Worauf Autofahrer besonders achten sollten

Viele Krankheiten können die Fahrtüchtigkeit beeinträchtigen. Darauf weist die Apotheken-Umschau mit Blick auf die Senioren unter ihren Lesern hin. Einschränkungen bestünden bei schweren psychischen Krankheiten, bei Nierenschwäche, Gleichgewichtsstörungen, Herz- und Kreislaufleiden, bei neurologischen Krankheiten sowie bei Drogen- oder Medikamentensucht, außerdem bei Schlafstörungen und schweren Lungenkrankheiten. Ob Patienten ein Fahrzeug bewegen dürften, könne im Einzelfall aber nur der behandelnde Arzt beurteilen. Auch einige Gruppen von Arzneien

können die Fahrtüchtigkeit einschränken. Generell lauerten Gefahren bei Medikamenten, die beruhigend, dämpfend oder ermüdend wirken oder die die Reaktionszeit verlängerten. Dazu gehören starke Schmerz- und Beruhigungsmittel, einige Antidepressiva sowie Antiepileptika. Teilweise ähnliche Begleiterscheinungen würden auch „unverdächtige“ Arzneimittel zeigen, etwa solche gegen Allergien oder Bluthochdruck. Alkohol verstärke die Wirkung vieler auf das zentrale Nervensystem zielende Arzneien. Benötigten Patienten mehrere Mittel, erhöhe auch dies das Risiko. ■

Neue Definition gesucht

Leben sie noch oder sind sie schon tot? Seit den sechziger Jahren entnehmen Ärzte Menschen, die für hirntot erklärt wurden, Organe für Transplantationen. Von Anfang an gab es darum Debatten: Wie tot ist jemand, dessen Körper noch warm ist und der sich bewegt? Vor dem Hintergrund aktueller Forschungsergebnisse wird derzeit in den USA und in anderen Ländern um eine neue Definition

des Todes gerungen. In Deutschland ist diese Diskussion noch nicht angekommen. Doch in medizinischen Kreisen tauscht man sich bereits zu diesen Fragen aus: Wo genau verläuft die Grenze zwischen Leben und Tod? Und wer darf darüber bestimmen? Mit dem gesamten Themenkomplex beschäftigte sich vor kurzem Deutschlandradio Kultur in seiner Sendereihe „Forschung und Gesellschaft“. ■

Was die Befragung in Ostdeutschland ergab

„Sozialreport 50+“: Zufrieden mit dem privaten Heute, Befürchtungen aber für die Zukunft

Die Hälfte der über 50-Jährigen in Ostdeutschland ist mit ihrem Leben zufrieden. Das gilt vor allem für die privaten Lebensbereiche wie Wohnen, Partnerschaft und Freizeit. Unzufrieden sind die ostdeutschen Älteren dagegen in den Bereichen Einkommen, Demokratie, Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit. Das sind die Hauptaussagen des „Sozialreport 50+“ für 2011, den der Sozial- und Wohlfahrtsverband Volkssolidarität vor kurzem in Berlin vorstellte. Die Studie zu den Auffassungen und Positionen der 50- bis 65-Jährigen in den neuen Bundesländern zu ihrer sozialen Lage wurde im Auftrag des Verbands vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ) erarbeitet. Dabei wurden zum Vergleich mit der Situation in den so genannten alten Bundesländern auch Bürger in Nordrhein-Westfalen befragt.

Der „Sozialreport 50+“ beruht auf den seit 1990 durchgeführten jährlichen Untersuchungen des SFZ zum Leben in den neuen Bundesländern. Insgesamt wurden mehr als 2.200 Bürger ab 18 Jahren dafür befragt. Zum elften Mal widmet sich die Studie den Älteren. Die 50- bis 65-Jährigen in Ost und West

seien „die erste Generation, in welcher der umfassendste, beabsichtigte und beschlossene Sozialum- bzw. -abbau der Nachkriegsgeschichte in Deutschland voll wirksam wird“, stellte der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Gunnar Winkler, fest. Er verwies dabei auf die Rentenreformen, die Rente mit 67 sowie die Arbeitsmarktreform mit der Hartz-Gesetzgebung. Diese Entwicklung trage dazu bei, dass die „Generation 50+“ mit gedämpften Erwartungen in die Zukunft schaue. Ihre Befürchtungen und Ängste seien stärker als die Hoffnungen. „Während die Befürchtungen der 50- bis 65-Jährigen in den neuen Ländern überdurchschnittlich hoch sind, liegen sie im Westen, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, deutlich niedriger. Es ist offensichtlich, dass im Osten sowohl aufgrund der nach wie vor fast doppelt so hohen Arbeitslosigkeit ebenso wie einer zum Teil jahrelangen Arbeitslosigkeit vieler Bürger dieser Altersgruppe – inklusive damit verbundener geringerer Verdienste – die zukünftigen Entwicklungen eher pessimistisch gesehen werden.“

Winkler betonte, dass die soziale Entwicklung seit 1990 zwar Fortschrit-

te gebracht habe. Sie zeige aber auch weiter vorhandene Defizite bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West. „Extremer Ausdruck dessen ist, dass in der genannten Altersgruppe 13 Prozent aus NRW und neun Prozent aus den neuen Bundesländern ‚die Mauer wiederhaben‘ wollen. In beiden Fällen geht es nicht – von Ausnahmen abgesehen – um politisch restaurative Forderungen, sondern um die Herstellung von Arbeits- und Lebensbedingungen, welche eine eigenständige Lebensführung, sozial abgesichert, ermöglichen.“

Die Volkssolidarität will die Studie auswerten und prüfen, was sich daraus für ihre Arbeit ergebe, kündigte Verbandsgeschäftsführer Horst Riethausen an. Die 50- bis 65-Jährigen seien eine wichtige Zielgruppe für den Verband und machten derzeit rund 20 Prozent der rund 265.000 Mitglieder aus. „Wir nehmen ihre Wünsche, Sorgen, Probleme und Ängste sehr ernst“, betonte Riethausen. Deshalb wolle der Verband entsprechende Angebote im Freizeitbereich ebenso entwickeln wie bei den sozialen Dienstleistungen und bei der sozialpolitischen Interessenvertretung. ■

Rettungsschirm gegen Altersarmut

Kürzungsfaktoren bei den Rentenanpassungen müssen fortfallen

„Ein deutliches Rentenplus wäre gut, reicht aber nicht aus, um Altersarmut dauerhaft zu verhindern.“ Das erklärte Prof. Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität, zu den neuesten Berechnungen des so genannten Schätzerkreises der Rentenversicherung. „Wenn die Rente 2012 tatsächlich um 2,3 Prozent in den alten und um 3,2 Prozent in den neuen Bundesländern steigen sollte, könnte so zumindest die gegenwärtige Preissteigerungs-

rate annähernd ausgeglichen werden. Die Verluste der vergangenen Jahre werden dadurch jedoch nicht aufgeholt.“

Winkler stellte klar: „Die Kürzungsfaktoren bei den Rentenanpassungen sorgen weiter dafür, dass Rentnerinnen und Rentner zu wenig an der Wohlstandsentwicklung teilhaben. Wenn das Rentenniveau längerfristig nicht weiter absinken soll, müssen die Kürzungsfaktoren weg. Ansonsten

werden auch dringend notwendige Einzelmaßnahmen gegen Altersarmut kaum greifen.“ Die gute Finanzlage der Rentenversicherung müsse zielgerichtet dafür genutzt werden, um drohender Altersarmut wirksam zu begegnen. „Halbheiten reichen nicht. Vor allem Niedrigverdiener, Langzeitarbeitslose und Erwerbsminderungsrentner brauchen dringend einen Rettungsschirm, der sie gegen Altersarmut schützt.“ ■

Hier ist noch einiges nachzubessern

Risiken für Bedürftigkeit im Alter sollen ausgelotet werden

Vor einiger Zeit hat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen den Regierungsdialog Rente gestartet. In einem offenen Diskussionsprozess sollen bis Jahresende die Risiken für eine Bedürftigkeit im Alter ausgelotet und Vorschläge zur Behebung von Schwachstellen im Rentensystem erarbeitet werden. Danach wird entschieden, was kurzfristig gesetzlich geregelt werden könne. Nach abgeschlossenem Gesetzgebungsverfahren könnten die Regelungen am 1. Januar 2013 in Kraft treten. Die Rente als Lohn für die Lebensarbeitsleistung sollte für diejenigen, die viel gearbeitet aber wenig verdient hatten, höher als die für jene sein, die nicht arbeiteten. Heu-

te ist derjenige, dessen Rente nicht reicht, auf Grundsicherung angewiesen. Er wird aber genauso behandelt wie jemand, der nie gearbeitet hatte. „Das ist ungerecht und wir müssen das nachbessern“, betont die Ministerin. Ab 2013 möchte sie eine Zuschuss-Rente einführen. „Wer jahrzehntlang gearbeitet und eingezahlt hat, wer erzogen und gepflegt und dabei zusätzlich privat vorgesorgt hat“, so Ursula von der Leyen, „der wird eine Rente bekommen, die über der Grundsicherung liegt – nämlich 850 Euro im Monat.“ Um möglichst vielen rentennahen Jahrgängen heute schon den Zugang zur Zuschuss-Rente zu ermöglichen, soll es zunächst erleichterte Zugangs-

bedingungen geben: Voraussetzung sind 40 Versicherungsjahre, 30 Beitragsjahre und fünf Jahre zusätzliche private Vorsorge.

Gegenwärtig gelten starre monatliche Hinzuverdienstgrenzen für Personen, die vor Erreichen der Regelaltersgrenze schon in Rente gehen und hinzuverdienen möchten. Ins Auge gefasst ist eine Kombirente, bei der Teilzeitarbeit und Rente flexibel kombiniert werden können. Sie erlaubt ein Einkommen aus Rente und Hinzuverdienst in der Höhe des zuletzt erzielten Einkommens. Wer die Regelaltersgrenze von 65 beziehungsweise langfristig 67 Jahren erreicht hat, kann wie bisher unbeschränkt hinzuverdienen. ■

Malochen bis zum Tode

Ein Minijob kann die staatliche Grundsicherung nicht ersetzen

Immer mehr Rentner in Deutschland müssen auch im hohen Alter noch dazu arbeiten oder die staatliche Grundsicherung beantragen, um über die Runden zu kommen. So gingen im vergangenen Jahr rund 660 000 Menschen im Alter zwischen 65 und 74 Jahren zusätzlich einer geringfügigen Beschäftigung oder einem Minijob nach – 2000 waren es nur 416 000 gewesen. Das geht aus aktuellen Zahlen des Bundesarbeitsministeriums hervor. Der Anstieg der Zahl geringfügig beschäftigter Rent-

ner betrug danach 58,6 Prozent; ihr Anteil stieg seit 2000 von 3,0 auf 3,9 Prozent aller Rentner.

Matthias Birkwald, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE, stellte eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung und kommentierte: „Ruhestand war gestern, malochen bis zum Tode heißt heute das Schicksal von immer mehr Rentnerinnen und Rentner.“ Nach den vorliegenden Zahlen hatten 2009 rund 400 000 der über 65-Jährigen eine staatliche Grundsicherung im Alter beantragt. Gegenüber 2003 bedeu-

te das einen Zuwachs von 55 Prozent; damals waren es nur 258 000.

„Prekäre Arbeit führt direkt in die Altersarmut“, sagte Birkwald und forderte, alle Renten Kürzungsfaktoren wieder abzuschaffen, die Rente mit 67 zurückzunehmen und wieder Mindestentgeltpunkte für Langzeitarbeitslose und Niedrigverdiener einzuführen. Nach Auskunft des Sozialministeriums solle Anfang 2012 ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, mit dem das Rentensystem so angepasst werde, „dass Armutsgefährdung im Alter nicht zunimmt“. ■

„Es gibt keinen Schaukelstuhl!“

„SeniorInnen gegen Rechts“ hieß eine Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung innerhalb ihres Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“. Der frühere Ex-Arbeitsminister, Vize- und SPD-Vorsitzende Franz Müntefering richtete dazu einen Appell an die

Teilnehmer: „Es gibt keinen Schaukelstuhl in der Demokratie!“ sagte er. Die Potenziale älterer Menschen müssten auch bei der Arbeit gegen den Rechtsextremismus genutzt werden. Die Veranstaltung beschäftigte sich mit antidemokratischen Einstellun-

gen älterer Menschen und den Folgen für die politische Bildungsarbeit. Man brauche gerade die Vernünftigen jeder Generation, betonte Müntefering, um den Leitgedanken einer Gleichwertigkeit aller Menschen in der Welt zu pflegen. ■

Deutschland belegt den achten Platz

Bertelsmann-Studie vergleicht Reformbedarf und -fähigkeit von 31 Staaten

Die Bertelsmann Stiftung International hat die Sustainable Governance Indicators (SGI) geschaffen, die Reformbedarf und Reformfähigkeit in 31 Staaten der OECD vergleichen. Seit 2009 geschieht dies zum zweiten Mal. Das Magazin *change* der Stiftung veröffentlicht nun in seiner Ausgabe 2/2011 die Ergebnisse der daraufhin verfassten Studie.

Gezeichnet wird ein umfassendes Bild der Stärken und Schwächen der untersuchten Staaten auf den Feldern Demokratiequalität, nachhaltige Ergebnisse der Politik und politische Steuerungsfähigkeit. Der Status-Index zeigt Qualität von Demokratie und Rechtsstaat

und bildet die Leistungsfähigkeit in 15 zukunftsrelevanten Politikfeldern ab. Hier führen die nordeuropäischen Länder Schweden, Norwegen und Finnland vor Neuseeland, Dänemark, der Schweiz und Kanada. Und auch im Management-Index, der Auskunft über die Steuerungsfähigkeit der Staaten gibt, liegen die nordeuropäischen Staaten Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland ganz vorn.

Insgesamt gelingt es gerade diesen Ländern, durch gute politische Steuerung und eine hohe Demokratiequalität für langfristig tragfähige politische Ergebnisse in ihren Gesellschaften zu sorgen. Dabei zeigt sich:

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit bedingen sich gegenseitig. Besonderen Nachholbedarf in Sachen Demokratie und Nachhaltigkeit haben dagegen noch die Türkei, Griechenland, Mexiko und die Slowakei. Deutschland kommt in der Studie dank sehr guter rechtsstaatlich-demokratischer Rahmenbedingungen und seiner Sozialen Marktwirtschaft auf den achten Platz. Starke Defizite liegen hierzulande jedoch nach wie vor in den Feldern Bildung und Integration. Und auch bei politischer Steuerungsfähigkeit kann Deutschland von anderen Staaten noch lernen. ■

Europa: Wie machen es die Anderen?

AGE-Leitfaden für den Dialog zur Eingliederung älterer Menschen

Seniorenorganisationen aus Bulgarien, Tschechien, Finnland, Deutschland, Italien, Polen und der Slowakei haben innerhalb des Projekts INCLUSage gemeinsam mit Mitgliedern der europäischen Plattform AGE einen Leitfaden für den zivilen Dialog zur Förderung der sozialen Eingliederung älterer Menschen entwickelt. Heute, in einer Zeit zunehmender Alterung der Bevölkerung und einer Verschlechterung des gesamtgesellschaftlichen Umfelds, sei die Meinung älterer Menschen mehr als nötig, heißt es in dem Leitfaden. „Wir hoffen, dass er von beiden Seiten, den Seniorenorganisationen wie den staatlichen Stellen, auf allen Ebenen genutzt wird, um einen breiten Dialog zwischen allen wichtigen Akteuren voranzutreiben.“ Über die Plattform AGE berichteten wir bereits im *Seniorenkurier* Nr. 3/2010. Blicken wir in die genannten europäischen Länder:

In **Bulgarien** wenden sich derzeit nur wenige Organe direkt an die älteren Menschen. In den ehrenamtlichen,

unabhängigen Bürgerbeiräten auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene sind Vertreter aus allen Bereichen der Gesellschaft vertreten, die ein dynamisches und positives Umfeld schaffen und die Beteiligung der Bürger an der Gestaltung der Politik fördern. In der Stadt Russe gibt es einen vom Bürgermeister geleiteten Beirat, in dem verschiedene Organisationen mit älteren Bürgern arbeiten und gemeinsam mit ihnen mögliche Aktionen besprechen. Im Stadtbezirk Lozenz in Sofia bringen zehn zivilgesellschaftliche Organisationen innerhalb eines Gremiums den Dialog zwischen Bürgern und Verwaltung voran. Eine unabhängige und informelle Plattform von Nichtregierungsorganisationen ist das „Bürgerforum“, das Einfluss auf die Regierungspolitik zu nehmen versucht. Ihm gehören 80 Mitglieder an, die in mehreren Arbeitsgruppen tätig sind und eine respektvolle, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden anstreben.

Die **tschechische Regierung** setzte 2006 einen ständigen Beirat ein, in dem sich 28 Vertreter verschiedener Seniorenorganisationen sowie Ministerien regelmäßig – mindestens dreimal im Jahr – über das Thema Älterwerden austauschen mit dem Ziel, ein altersgerechtes Umfeld zu schaffen und ein gesundes, aktives, würdevolles Leben im Alter zu ermöglichen. Das Gremium greift Beschwerden von Bürgern direkt auf. Seniorenorganisationen motivieren Ältere für die Beteiligung an der politischen Debatte mit Hilfe von informellen Gruppen, die, etwa in Prag, von den kommunalen Behörden unterstützt werden. Während der Sitzungen können ältere Menschen ihre Anfragen direkt an die eingeladenen Vertreter, etwa die Anbieter von Sozialleistungen, richten. Die Städte Usti nad Labem und Roudnice nad Labem beziehen Seniorenbeiräte bei ihrer kommunalen Pla-

Fortsetzung auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

nung der Sozialdienste ein.

In **Finnland** sind kommunale Seniorenbeiräte zwar nicht vorgeschrieben, doch 92 Prozent der Senioren über 65 Jahre leben in Gemeinden, in denen solche Gremien existieren. Wie diese organisiert werden, entscheiden die Kommunen selbst. Die Beiräte, die sich aktiv in die Debatte über lokale Strategien einbringen – Stadtplanung, Gesundheitswesen, Freizeitgestaltung – haben keine formale Entscheidungsbefugnis.

In **Italien** gibt es rund 10 000 Seniorenzentren mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen, Bildungs- und Freizeitangeboten. Als wichtiges Forum für die Anliegen und Bedürfnisse Älterer werden sie eigenverantwortlich von Senioren und deren Organisationen geleitet. Ihr Einfluss auf die Politikgestaltung ist wegen ihres unverbindlichen Charakters jedoch begrenzt. Es hängt eher von der Haltung und Offenheit des jeweiligen

Kommunalbeamten ab, ob die Stimme der älteren Menschen wirklich wahrgenommen wird. Organisationen der Zivilgesellschaft kämpfen um ihre Einbeziehung in die Diskussion mit den nationalen und kommunalen Verwaltungen und haben dazu ein ständiges „Forum des Dritten Sektors“ gegründet (Forum Permanente del Terzo Settore).

Auf Initiative des **polnischen Senats** wurde 2008 die parlamentarische Arbeitsgruppe für ältere Menschen geschaffen. Sie will Mitglieder der Nationalversammlung mobilisieren, um langfristige politische Maßnahmen zu erarbeiten, die ältere Menschen betreffen. Befürwortet und unterstützt wird die Beteiligung von Seniorenorganisationen an der politischen Diskussion, beispielsweise durch die Einbeziehung des Koordinierungsnetzwerks „Forum 50 plus“ der Seniorenorganisationen. Deren Mitglieder haben Zugang zum Programm der Arbeitsgruppe und werden regelmäßig zu den Sitzungen eingeladen. In-

nerhalb der institutionellen Reformen nach 1989 sind mehrere kommunale Seniorenbeiräte gegründet worden. Sie beraten die regionalen und örtlichen Behörden. Mitarbeiten können in ihnen Personen über 60 Jahre – Vertreter der Zivilgesellschaft ebenso wie Kommunalbeamte und Politiker. In der **Slowakei** schließlich hängt die Mitwirkung älterer Menschen weitgehend von der Eigeninitiative einzelner Senioren ab. Auf regionaler und lokaler Ebene sind Ältere durch die Organisationen vertreten, denen sie angehören. Eine Art nationaler Seniorenverband ist das „Forum pre pomoc starsim“, das regelmäßig im ganzen Land partizipative Gruppen bildet, die Probleme und Bedürfnisse älterer Menschen in den Gemeinden diskutieren. Das Forum gründete außerdem 2008 ein Seniorenparlament, das in jüngster Zeit an mehreren Gesetzesvorlagen mitarbeitete, beispielsweise am nationalen Gesetz über soziale Dienstleistungen oder an Änderungen am nationalen Gesetz zum Mindesteinkommen. *ric*

Soziale Entwicklung ist nicht zufriedenstellend

Die Ukraine ist ein Sozialstaat – so steht es in der Verfassung. Aber Verfassungstext und Wirklichkeit liegen in der Praxis weit auseinander. Bei einer Konferenz der FES in Zusammenarbeit mit der Föderation der ukrainischen Gewerkschaften und der Kiewer National-Ökonomischen Uni-

versität bezeichneten die Teilnehmer die gegenwärtige soziale Entwicklung als nicht zufriedenstellend. Der demografische Wandel, die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich und die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Schwächen im Sozial-

system deutlich gemacht. Weil bisher eine einheitliche gewerkschaftliche Linie fehlt, verständigten sich die teilnehmenden Gewerkschaften darauf, eigene sozialpolitische Vorstellungen zu formulieren, um damit Einfluss auf den gegenwärtigen Reformprozess zu nehmen. *FES*

Enttäuscht von der Bundesregierung

Der Diözesanrat der Katholiken und der Caritasverband für das Erzbistum Köln ließen die Wirkungen des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung in einer wissenschaftlichen Studie der Justus-Liebig-Universität Giessen auswerten. Das Ergebnis: Eine große Chance wurde vertan!

Die soziale Spaltung in der deutschen

Gesellschaft vertiefte sich, betonten übereinstimmend Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel und Norbert Michels, der Geschäftsführer des Diözesanrats. Die Bundesregierung hatte erklärt, punktuell Projekte als Leuchttürme zur Erfüllung der von der Europäischen Union gestellten Anforderungen zu finanzieren. „Symbolpolitik ist jedoch nicht das, was wir uns von

der Bundesregierung im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung wünschen“, zeigte sich Hensel enttäuscht. Fragen an Projektverantwortliche hätten ergeben, dass die befristete Förderung von Projekten wenig Wirkung zeige. Statt dessen müsse längerfristig ausgerichtete Unterstützung von sozialer Arbeit das Ziel einer strukturellen Armutsbekämpfung sein. ■

Wortmeldung:

Alzheimer – ein Lebensthema

... und mein persönlicher wie beruflich-journalistischer Bezug dazu

„Ich ticke nicht mehr richtig“, sagte meine Mutter und klopfte sich immer wieder mit dem Fingerknöchel auf ihre Stirn. Sie war verzweifelt. „Lieber Krebs als so was!“ Wir kannten das schon von meinem Opa, ihrem Vater, der bei uns wohnte, bis er ins Heim kam. „Der Opa ist verkalkt!“, hieß es damals immer, wenn er wieder Geld an fremde Leute auf der Straße verschenkte und nicht mehr nach Hause fand. Erst als es gar nicht mehr ging, kam Opa ins Pflegeheim.

Und nun begann das Vergessen auch bei meiner Mutter. Sie konnte die Uhr nicht mehr lesen. Sie bekam eine digitale. Sie fand den Einschaltknopf vom Fernseher nicht mehr. Ich malte ihn mit Nagellack rot an. Aber alles nutzte nichts. Sie war unglücklich. Zum Glück war die Zeit der Verzweiflung meiner Mutter nur relativ kurz. Die Phase davor war länger, begann eigentlich schon in ihren Vierzigern. Abwechslung von Aggression und Depression – ein Psychiater verschrieb harte Psychopharmaka, die sie ruhig machen sollten. Damals war das noch so. Meine Mutter war dann immer ganz starr. Oder ganz schlaff und schlief nur.

Viel später wurde eine „Demenz vom Typ Alzheimer“ diagnostiziert. In der Klinik versuchten die Ärzte, sie medikamentös richtig einzustellen. Diesmal gelang das viel besser. Bei meinen Klinikbesuchen gingen wir zusammen auch ins Nachbargebäude. Da lag Tante Margot, die Zwillingsschwester meiner Mutter – die Hände rechts und links am Bett fixiert, damit sie sich nicht das Gesicht zerkratzt und die Haare ausreißt. Sie schaute starr, erkannte uns nicht. Damals machte ich meine erste ZDF-Dokumentation zum Thema Demenz: „Alt, verwirrt und weggesperrt – Über

Misstände in der Pflege Demenzkranker“.

„Hoffentlich ende ich nicht mal so“, sagte meine Mutter mit Blick auf ihre Schwester erschüttert.

Nein, sie endete nicht so. Es ging ihr erstaunlicherweise immer besser. Die „gnädige Schwelle“ war überschritten, weiß ich heute. Sie vergaß, dass sie vergaß. Meine Eltern hatten sich schon lange zusammen ein Heim ausgesucht, sich dort auch angemeldet. Damals eine Modelleinrichtung im Rheinland. Als mein Vater plötzlich starb, zog meine Mutter allein ein. Und fühlte sich wohl. Ein schönes Appartement mit ihren Möbeln, gutes Essen im hellen Speisesaal, Ausflüge und Unternehmungen. Und Pfleger Peter, ihr Schwarm. „Prima!“, sagte sie jedes Mal, wenn ich fragte, wie es ihr gehe. Ihre einzige Sorge: Ich könnte ihr Peter ausspannen! Meine Mutter erlebte noch sieben glückliche Heimjahre. Dann hörte sie plötzlich auf zu essen und zu trinken, konnte nicht mehr laufen, lag in Embryonalstellung im Bett. Sie ist friedlich eingeschlafen.

Das Thema Demenz hat mich auch bei meiner journalistischen Arbeit nie wieder losgelassen, dieses Tabuthema, über das man damals nicht viel sprach, über das man nicht viel wusste. In den Redaktionen war es am Anfang schwer, Redakteure für das Thema zu erwärmen. Das sei so unangenehm, so was wollten sich die Leute doch nicht anschauen. Dabei erfuhr ich bei meinen Recherchen und in vielen Gesprächen immer wieder, wie sehr das Thema ankam. Oft sagten mir Angehörige von Demenzkranken, wie wichtig und informativ ein – wenn auch nur kurzer – Fernsehbericht oder Presseartikel für sie gewesen sei. Manch einer wusste erst

danach, was mit den eigenen Angehörigen nicht stimmte.

Viel hat aber auch die Berichterstattung über Misstände in der ambulanten Pflege oder in Heimen in Bewegung gebracht. Die Versorgung von Demenzkranken ist heute eine deutlich bessere als noch vor zehn Jahren. Allerdings ist es auch ganz wichtig, über positive Beispiele zu berichten. 2001 habe ich für die ZDF-Reihe „37 Grad“ den Film „Auf einem anderen Stern“ über eine Demenz-WG in Berlin gemacht. Damals gab es in Berlin sieben dieser Einrichtungen – die einzigen bundesweit. Inzwischen sind es allein dort über 200. Als ich zur Recherche für ein anderes Thema bei einer Pflegeeinrichtung in Bremen war, erfuhr ich durch Zufall, dass eine Mitarbeiterin meinen Film gesehen und daraufhin in Bremen eine erste Demenz-WG gegründet hatte.

Es ist schon viel erreicht, aber vieles muss auch noch geschehen – in Politik und Gesellschaft. Deswegen werde ich weiterhin Filme zum Thema Demenz machen, die vom Leben Demenzkranker und ihrer Angehörigen erzählen. Die sie ins Licht der Öffentlichkeit rücken und ihnen die Beachtung geben sollen, die sie verdienen.

Uta Claus

Die Autorin, Jahrgang 1949 und gebürtig aus Krefeld, arbeitet seit 1983 als freie Autorin und Filmemacherin für das ZDF. Die studierte Diplompädagogin wechselte nach einem Jahr Berufstätigkeit in einer Einrichtung für psychisch Behinderte 1977 zum Süddeutschen Rundfunk. Bisher produzierte sie mehr als 80 Filme mit sozialen und sozialpsychologischen Themen.

Vier weitere Stellungnahmen zum brennenden Thema Demenz:

Frühzeitig unabhängigen Rat einholen

Wenn die Diagnose Demenz gestellt wurde, sollte man sich darüber Gedanken machen, dass man im Laufe der Erkrankung irgendwann selbst keine Entscheidungen mehr treffen kann. Man sollte überlegen, wer dann die Entscheidungen für mich treffen soll. Ich rate Betroffenen, sich möglichst frühzeitig um die juristischen Vorsorgemöglichkeiten zu kümmern,

das heißt frühzeitig an die Vorsorgevollmacht, an ein Testament, an eine Patientenverfügung zu denken.

Häufig werden zum Beispiel Angehörige von Mediziner unter Druck gesetzt, wenn es um die Frage geht, ob ein Kranker im fortgeschrittenen Stadium eine Magensonde gelegt bekommen soll. Da heißt es oft: „Sie werden doch Ihren Angehörigen

nicht verhungern lassen!“ Da brauchen Angehörige den Rat eines anderen, unabhängigen Mediziners und von Rechtsanwälten, die auf Betreuungsrecht spezialisiert sind und sich auch mit den Symptomen der Demenz auskennen.

*Bärbel Schönhof
Rechtsanwältin in Bochum*

Ganz klar eine Zweiklassengesellschaft

Die Demenz kann jeden treffen. Hauptrisikofaktor ist das Alter. Wenn man erkrankte Angehörige hat oder hatte, die unter Alzheimer litten, ist es etwas wahrscheinlicher als für die Allgemeinbevölkerung, ebenfalls demenz zu werden. Aber es ist nicht so, dass Alzheimer im Allgemeinen als Erbkrankheit aufzufassen ist.

Wenn man erkrankt ist, ist es ganz eindeutig ein Riesen-Unterschied, ob man privat versichert ist oder nur allgemein. Die niedergelassenen Ärzte können sich die Rezeptierung von Antidementiva oft nur für wenige Demente erlauben. Es ist ganz klar eine Zweiklassengesellschaft.

Die Medikamente müssen billiger

werden. Das andere, was man dem Patienten an individueller Betreuung bietet, wird teuer bleiben, denn das ist alles mit menschlicher Zuwendung und Zeit verbunden.

*Prof. Hans Förstl (München)
Direktor der Klinik und Poliklinik
für Psychiatrie und Psychotherapie
des Klinikums rechts der Isar*

Die Rückseite unserer Gesellschaft

Es gibt eine wachsende Einsicht, die Demenz nicht als Krankheit zu begreifen, sondern als Alterungsphänomen. Die Menschen mit Demenz tragen eigentlich die Last dieser Gesellschaft. Sie tragen an dem, was die Gesellschaft verursacht hat: die Beschleunigung, die krampfhaft Suche nach Neuem. Menschen mit Demenz sind wie unsere Zwillinge, die uns sagen: „Das können wir alles nicht mehr. Begreift ihr, dass wir die Rückseite von einer Gesellschaft sind, die das Indivi-

duum verherrlicht?“

Bislang konnten wir die Pflege von Demenzkranken mit Geld lösen. Aber die Pflege wird in zehn bis 15 Jahren nicht mehr bezahlbar sein. Entweder uns fällt eine Lösung ein oder wir sitzen in der Patsche. Geht es den üblen Weg, dann heißt das: Diejenigen, die es sich leisten können, können ihre Pflegeskaven aus dem Ausland holen. Der Rest wird auf einfachstem Niveau versorgt. Die anderen, schwierigeren Wege liegen in der Besinnung

auf das, was wir selbst als Bürgerinnen und Bürger füreinander leisten können.

Wir müssen uns wieder als soziale Wesen erkennen. Dazu gehört auch der Verzicht. Das Thema Demenz bringt für uns das Thema Verzicht auf den Tisch. Wir werden nur gut leben, wenn wir anders leben. Das wird eine abenteuerlich schöne Sache.

*Prof. Reimer Gronemeyer
Justus-Liebig-Universität Gießen
1. Vorsitzender der Aktion Demenz*

Unterstützung ist nur die logische Konsequenz

Wenn man bei sich immer häufiger geistige Defizite feststellt, ist es wichtig, sich diese einzugestehen und Hilfe zu suchen. Es ist dann sehr wichtig, mit dem Partner und den Familienan-

gehörigen darüber zu reden. Ein großes Problem ist nämlich, dass viele geradezu darauf warten, bis der Partner oder der Angehörige sagt: „Jetzt weißt du's schon wieder nicht!“ Dann

kann es zum Streit kommen. Der Angehörige sollte versuchen, sensibel zu reagieren. Das ist nicht immer einfach. Denn auch die Familie möchte eigentlich nicht wahrhaben, dass

der alte Vater, die Mutter oder auch der Partner Defizite entwickelt. Denn man hat Angst davor. Was wird passieren? Und man schämt sich auch ein bisschen dafür.

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft fordert von der Politik eine bessere Unterstützung der Angehörigen, eine

bessere Ausbildung der Krankenpfleger und Ärzte. Die Politik favorisiert die ambulante statt der stationären Versorgung. Dann müsste die ambulante Versorgung auch konsequenterweise mehr unterstützt werden. Das bedeutet, dass Angehörige in der schweren Arbeit, die sie leisten, mehr

Hilfe bekommen sollten. Außerdem müsste ihre Arbeit mehr gewürdigt werden. Da ist es nicht damit getan, ab und zu einen Orden zu verleihen.

*Heike von Lützu-Hohlbein
1. Vorsitzende der Deutschen
Alzheimer Gesellschaft
und von Europe Alzheimer*

Die Welt ein wenig verbessern

Senioren mit Migrationshintergrund engagieren sich mit Schwung und Herzblut

Sie stammen aus den verschiedensten Ländern dieser Welt und leben seit Jahrzehnten in Deutschland: 20 Seniorinnen und Senioren, die sich mit viel Schwung und Herzblut in Gesellschaft und Politik engagieren. Der Grimme-Preisträger Justus Boehncke hat ihre Geschichten notiert, der Fotograf Luca Vecoli porträtierte sie. Daraus ist eine Publikation geworden, die die Politikwissenschaftlerinnen Bettina Luise Rürup und Beyhan

Sentürk herausgegeben haben; Titel: „Mittenrang. Bürgerschaftliches Engagement – Zuwanderung – Alter“ (Verlag J. H. W. Dietz Nachf. Bonn). Das Vorwort schrieb Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit.

Es gibt viele Gründe, warum sich ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ehrenamtlich engagieren. Einige wollen die Welt ein wenig verbessern, andere ihrem Leben Sinn

und Struktur geben. Ebenso vielfältig sind die Formen des bürgerschaftlichen Engagements. Die Porträts, die auf deutsch und in der jeweiligen Muttersprache der vorgestellten Menschen zu lesen sind, ermöglichen den Blick auf eine Bevölkerungsgruppe, über die Viele wenig wissen. Sie zeigen, wie diese Seniorinnen und Senioren zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zu einer lebendigen Demokratie beitragen. ■

Zum Arzt ins Nachbarland?

Europäischer Gesundheitsmarkt – Herausforderungen und Chancen

Führt der Kostendruck in einzelnen europäischen Gesundheitssystemen zur Auslagerung von Behandlungen in die Nachbarländer? Am Beispiel der jüngst verabschiedeten EU-Richtlinie zur grenzüberschreitenden Patiententmobilität diskutierten gesundheitspolitische Multiplikatoren verschiedener Bundesländer Herausforderungen und Chancen eines zunehmend europäischen Gesundheitsbinnenmarktes. Bei dem dreitägigen Dialogprogramm der Fritz-Ebert-Stiftung Brüssel mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern

der EU-Institutionen und Expertinnen und Experten diverser Fachverbände wurde deutlich, dass sich eine zunehmende Bewegung zwischen den nationalen Gesundheitssystemen nicht abzeichnet. So entfällt nur ein Prozent aller Gesundheitskosten in der EU auf grenzüberschreitende Behandlungen. Die Aufgabe der Verbesserung der Gesundheitssysteme ist daher vor allem eine nationale Herausforderung. Gleichwohl kommt der EU grundsätzlich im Bereich Gesundheit eine wichtige übergeordnete Rolle zu, da eines

ihrer wesentlichen Ziele die Herstellung vergleichbarer Lebensbedingungen in den Mitgliedsstaaten ist. Durch die Unterstützung grenzüberschreitender Vernetzung im Bereich Gesundheit, angefangen bei der Erforschung und Behandlung seltener Krankheiten bis hin zum Austausch grundsätzlicher statistischer Parameter der Gesundheitssysteme können wichtige Synergien zur Verringerung von Ungleichheiten angestoßen werden.

FES-Info

Es gehört zu den merkwürdigen Begabungen der Deutschen, dass sie Ereignisse und Entwicklungen, die sie jahrzehntelang für nahezu ausgeschlossen gehalten haben, von dem Augenblick an, in dem sie gleichwohl Realität geworden sind, für eine schiere Selbstverständlichkeit halten.

Bundestagspräsident Norbert Lammert

Kleine Hilfen im Alltag sind willkommen

Bund fördert Nachbarschaftshilfe und soziale Dienstleistungen

Die meisten Menschen in Deutschland wollen so lange wie möglich in ihrer Wohnung, im vertrauten Wohnumfeld, leben. Doch die Realität sieht oft anders aus: Familienangehörige wohnen zu weit entfernt, der Kontakt zu Nachbarn und Freunden fehlt oder reicht allein nicht aus, um den Alltag zufriedenstellend zu bewältigen. Hinzu kommt, dass Hilfs- und Beratungsangebote nicht hinreichend bekannt

sind. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert deshalb innerhalb des neuen Programms „Nachbarschaftshilfe und soziale Dienstleistungen“ deutschlandweit 35 Projekte.

„Wenn wir auch im Alter die gewohnte Lebensqualität erhalten wollen, dann zählen dazu Komfort, Geborgenheit und Sicherheit ebenso wie Aktivität und gesellschaftliche Teilhabe“, sagte

Ministerin Kristina Schröder. „Mir ist wichtig, dass sich auch die Nachbarn umeinander kümmern und dass die Menschen nicht wegschauen. Kleine Hilfen im Alltag, wie der Einkauf oder die Begleitung zum Arzt oder einfach der Anruf, ob alles in Ordnung ist, können viel bewirken.“ Bis 2014 stelle der Bund insgesamt vier Millionen Euro zur Verfügung. ■

Fliegen uns die Kosten um die Ohren?

Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme – Ideen und Empfehlungen

Derzeit sind in Deutschland etwa 2,4 Millionen Menschen pflegebedürftig. Die Tendenz ist steigend. Die Herausforderungen, die mit dem Thema Pflegebedürftigkeit einher gehen, sind vielfältig und komplex. Eine der Fragen ist die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme.

„Ich mache mir Sorgen, dass uns die Kosten um die Ohren fliegen und ein sozialer Kollaps droht“, so ein Teilnehmer des „Open Space“, den die Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel „Pfliegst du schon oder...? – Ideen und Handlungsempfehlungen für die Pflege von heute und morgen“ veranstaltete.

Ziel dieser unkonventionellen Veranstaltungswahlform war es, dass die gut 100 Teilnehmenden selbst Fragestellungen zur Diskussion stellen und in Kleingruppen mögliche Lösungsansätze skizzieren sollten. Diskutiert wurden nicht nur die politischen Rahmenbedingungen und die Finanzierbarkeit, sondern auch sehr emotionsbehaftete Fragen wie zum Beispiel nach Gewalt in der Pflege. Sie könne sowohl von pflegenden Angehörigen als auch vom Pflegepersonal oder von der zu pflegenden Person selbst ausgehen. Vor allem demenzkranke Menschen könnten manche Situationen

nicht mehr richtig einschätzen und reagieren – aus Verwirrung und Angst – mit Aggressionen gegen das Umfeld. Haupt- und ehrenamtliche Pflegerinnen und Pfleger müssten besser geschult werden, um adäquat auf entsprechende Situationen reagieren zu können, so der Tenor in der entsprechenden Arbeitsgruppe. Aggressionen auf Seiten der Pflegenden stehen für die Überforderung der Menschen. Es sei daher unerlässlich, so die einhellige Meinung, die Zahl des hauptamtlichen Personals zu erhöhen und pflegende Angehörige mehr zu unterstützen.

FES-Info 2/2011

Erste Professur für spirituelle Pflege

Als Niederlage empfinden die meisten Ärzte noch immer das Sterben eines Patienten. Und über Niederlagen redet man nicht gern. Erst recht nicht mit den Betroffenen, die keine Chance mehr auf Heilung haben. Doch das soll sich ändern. In München ist im vergangenen Jahr die europaweit erste Professur für „Spiritual Care“ eingerichtet worden. Sie beschäftigt sich mit einem Bereich, den man ungefähr als spirituelle Pflege bzw. als konfessionell ge-

prägte Seelsorge bezeichnen könnte. Ein Jesuit und ein evangelischer Pfarrer versuchen seitdem am Lehrstuhl für Palliativmedizin, die angehenden Ärzte für die letzten Dinge im Leben zu sensibilisieren, aber auch für die speziellen Ressourcen, über die viele Menschen verfügen. Die beiden Theologen wollen aber keineswegs missionieren, sondern den jungen Medizinerinnen vermitteln, wie eine Behandlung im Sinne des Patienten verbessert werden könnte. Das ist allerdings

keine leichte Aufgabe, denn sowohl bei traditionellen Ärzten als auch bei manchem Klinikseelsorger stehen die Professoren für „Spiritual Care“ unter kritischer Beobachtung. Der Neurologe Gian Domenico Borasio, einer der führenden Palliativmediziner Deutschlands und Spiritus rector von „Spiritual Care“, meint, die Ärzte müssten zu den Wurzeln der Medizin zurückfinden, denn spirituelle und heilende Aspekte seien untrennbar miteinander verbunden. ■

Vorbereiten! Vorbereiten?

Meine Altersgenossen machen mich kirre! Das Schlimme ist ja nicht, was sie selbst tun. Das Schlimme ist, dass Oldies immer gleich so entsetzlich missionarisch werden, wenn sie etwas für sich entdeckt haben. Sei es ein neues Arthrose-Medikament oder ein ganz besonders sparsamer Heizlüfter oder das Internet – sie sind begeistert und können es gar nicht fassen, dass ihre sturen Mit-Oldies sich beim besten Willen nicht davon überzeugen lassen wollen. Sie können dann so richtig penetrant werden.

Virulent ist rund um mich herum derzeit das Thema: Vorbereiten auf das Alter. Aus Gründen der Diplomatie und der Psychohygiene verkneife ich mir jedes Mal die Bemerkung, dass die Betreffenden doch schon zu alt seien, was es da noch vorzubereiten gebe. Es geht ja auch um viel mehr: Es geht um das Grundsätzliche.

Das erste Mal begegnete ich so einer Vorbereitung vor 25 Jahren. Ein Nachbar – gerade 60 geworden – fälltte alle seine Bäume mit der Begründung: „Weil ich das im Alter nicht mehr kann.“ Warum sie überhaupt gefällt werden mussten, blieb unklar. Nun lebt er schon 25 Jahre baumlos alternd vor sich hin.

Die erste persönliche Konfrontation war drastisch. Meine kurzfristig engagierte Putzfrau sah sich eines Tages demonstrativ in meinem Wohnzimmer um und bemerkte dann in dem herrischen Ton, den 35-jährige Hilfskräfte uns Oldies gegenüber gern an

den Tag legen: „So langsam sollten Sie mal mit dem Verschenken anfangen!“

Ich war noch nicht mal im Rentenalter angekommen, aber für 35-Jährige ist es egal, ob jemand 60 oder 90 Jahre alt ist. Dass sie die Empfängerin all der Geschenke sein könnte, machte sie jede Woche erneut deutlich. Eigentlich konnte sie alles gut gebrauchen und wenn nicht sie, dann ihre Kinder. Und andere Alte (Alte!), bei denen sie putzte, schenkten ihr auch... und dann zählte sie auf. Ihr Haushalt war gut ausgestattet. Mein Freundeskreis fand, sie habe recht. Die nachfolgende Generation fand sie schlicht unverschämt. Ich auch.

Inzwischen verkaufen meine Altersgenossen ihre kleinen Häuschen, weil sie irgendwann den Garten nicht mehr schaffen werden. Sie nehmen sich kleinere Wohnungen, weil sie die großen irgendwann nicht mehr werden pflegen können. Sie verschenken wegen der Verkleinerung Geschirr und Bücher und Nippes und Bilder. (Die Stadt- und Gemeindebüchereien ächzen unter der Flut ausrangierter Romane aus den 1970er Jahren und auch die Flohmärkte werden reich bestückt.) Sie lassen ihre Türen rollstuhlgerecht verbreitern. Sie legen den Duschboden auf Fußbodenniveau (woraufhin dann jedes Mal das ganze Bad unter Wasser steht). Sie halten prophylaktisch Ausschau nach Fensterputzern, Dachrinnenreinigern und Pflegekräften.

Ich betrachte das Treiben und sehe sie alle 25 Jahre lang ihre drei Geranien und den ganzen Schnittlauch auf dem Balkon gießen. Ich vermute, dass sie sich alle – fern jeglicher Körperbehinderung – jahrzehntelang fragen werden, wozu sie sich so kostenintensiv auf eine Rollstuhlkariere vorbereitet haben, statt das Geld zu verprassen. So sitzen sie, starren auf die entleerten Regale, die zu kleine Veranda und warten auf ... das Unausprechliche.

Wir wurden schon als 14-Jährige neurotisiert mit dem Satz: „Du kennst weder Tag noch Stunde“ – und deshalb sollten wir immer „vorbereitet“ sein. Und immer frische Unterhemden und Socken ohne Löcher tragen, damit wir vorbereitet sind, falls wir mal „von der Straße weg ins Krankenhaus müssten“. Ich glaube, „vorbereiten“ ist systemimmanent. Sie können alle gar nichts dafür. Ich mache jedes Mal, bevor ich fliege, mein Testament und die Patientenverfügung füge ich bei. Das reicht. Und nun vergrabe ich mich wieder in meinen viel zu vielen Büchern und genieße die lebenslang angesammelten Schätze. Noch 25 Jahre lang.

PS: Gerade fällt mir ein Kinderbuchkatalog in die Hände: Lernspiele für Zwei- bis Dreijährige, um sie auf den Kindergartenbesuch vorzubereiten.

*Prof. Dr. Christine Swientek
BAGSO-Nachrichten 4/2011*

Die Tageszeitung gehört dazu

Für 66 Prozent der ab 70-jährigen Bundesbürger gehört die Lektüre der Tageszeitung zum Frühstück. Das haben Meinungsforscher im Auftrag der Monatszeitschrift Senioren-Ratgeber herausgefunden. Unter den 20- bis 29-Jährigen sind es nur rund elf Prozent.

Ältere legen generell auch größeren Wert auf einen geregelten Tagesablauf. So haben 82 Prozent der ab 70-Jährigen feste Uhrzeiten für die Mahlzeiten – aber nur 36 Prozent der 20- bis 29-Jährigen.



Was den meisten nicht gefällt

Die Deutschen hadern am meisten mit ihrem Bauch. Das hat die Online-Meinungsforschung *marketing.com* herausgefunden. Mit diesem Körperteil seien 40 Prozent der Männer und 51 Prozent der Frauen unzufrieden. Im Gesicht – so 24 Prozent der Befragten – störe am häufigsten das Aussehen der Zähne. Schönheitsfehler hingegen würden mit zunehmendem Alter weniger unangenehm. Während bei den unter Zwanzigjährigen 21 Prozent mit ihrer Nase nicht zufrieden seien, sind es bei den Sechzigjährigen nur noch vier Prozent. ■

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Str. 22, 19063 Schwerin,
Telefon: (0385) 5 55 79 70
oder 5 55 79 93
Fax: (0385) 5 55 89 61
Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzende: Brigitte Paetow
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)
Gefördert vom Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern und vom Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern

Herstellung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
7. November 2011
Redaktionsschluss für Nr. 1/2012:
15. Februar 2012

Vor einem Winter

Ich mach ein Lied aus Stille
und aus Septemberlicht.
Das Schweigen einer Grille
geht ein in mein Gedicht.

Der See und die Libelle.
Das Vogelbeerenrot.
Die Arbeit einer Quelle.
Der Herbstgeruch von Brot.

Der Bäume Tod und Träne.
Der schwarze Rabenschrei.
Der Orgelflug der Schwäne.
Was es auch immer sei,

das über uns die Räume
aufreißt und riesig macht
und fällt in unsre Träume
in einer finstren Nacht.

Ich mach ein Lied aus Stille.
Ich mach ein Lied aus Licht.
So geh ich in den Winter.
Und so vergeh ich nicht.

Eva Strittmatter (1930 – 2011)

Therapiezentrum für Geriatrie
und Schlaganfall



Karl-Marx-Str. 16, 18195 Tessin
Telefon: 038205 71-0 Zentrale, Fax: 038205 71-101
E-Mail: info@tessinum.de, Internet: www.tessinum.de



Den Jahren Leben geben

Nach einer überstandenen Krankheit wieder auf die Beine zu kommen, das fällt mit zunehmendem Alter schwerer. Oft lässt sich die Selbstständigkeit spontan nicht wieder herstellen. In der Folge droht dauerhafte Pflegebedürftigkeit. An diesem Punkt setzt das Tessinum Therapiezentrum für Geriatrie und Schlaganfall an.

Unser Haus zählt zu den modernsten seiner Art in ganz Deutschland – sowohl wegen seiner überdurchschnittlichen Ausstattung, als auch wegen seiner zeitgemäßen Methodik. Fürsorglich kümmert sich unser auf Senioren spezialisiertes Team von Ärzten, Therapeuten und Pflegekräften um jeden einzelnen Patienten. Bei aller Technik und Qualifikation – unsere beste Medizin ist und bleibt unsere Herzenswärme. Wir arbeiten mit Leidenschaft und Sorgfalt, mit Respekt und Zuversicht.

Ziel ist es, unseren Patienten wieder ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir helfen Ihnen, Behinderungen oder Alterseinbußen zu bewältigen. Gemeinsam mit Patienten und Angehörigen erstellen wir einen individuellen Therapieplan, den wir schrittweise umsetzen.

Die Aufnahme in unsere Klinik erfolgt als Anschlussheilbehandlung nach Anmeldung durch das Krankenhaus, das den Patienten zuvor stationär betreut hat. Ein- und Zweibettzimmer mit Dusche, WC, Telefon und Fernseher bieten bis zu 70 Patienten eine wohnliche Umgebung. Sie erinnert eher an ein Hotel als an ein Krankenhaus, wozu übrigens auch die weithin geschätzte Küche beiträgt.

Eingebettet ist das Haus in einen grünen Park und in ein multifunktionales Seniorenzentrum. Die gemütliche Kleinstadt Tessin liegt 25 km östlich der Universitäts- und Hansestadt Rostock, unweit der Autobahn A20. Die Klinik bietet sich vor allem für Patienten im Großraum Rostock und im Westteil Mecklenburg-Vorpommerns an.

Gern informieren wir Sie ausführlicher.



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Urlaubspflege
Verhinderungspflege
Mietwohnen
Betreutes Wohnen

*Der Wohnpark Zippendorf
als Wohnanlage mit Pflegeeinrichtung,
Betreutem Wohnen und Mietwohnungen ist derzeit die
größte Seniorenwohnanlage an einem Standort in der
Landeshauptstadt Schwerin.*

*Unsere weitläufigen und liebevoll gepflegten Grünanlagen
im Naherholungsgebiet Schwerin-Zippendorf laden zu
gemütlichen Spaziergängen ein.*

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.

*Unser Pflegeverständnis ist eingebunden in die ganzheitliche Pflege und Betreuung sowie der
persönlichen Biographie unserer Bewohner/-innen.*

Die vielfältigen Beschäftigungen fördern und erhalten den Selbständigkeits- und Mobilitätserhalt.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45, 19063 Schwerin

Einrichtungsleitung: Christel Kliemchen, Tel.: 0385 / 20 10 10 11

Pflegeleitung: Britta Schermer, Tel.: 0385 / 20 10 10 52

www.wohnpark-zippendorf.de